

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Theresa May, Herrin der Lage? – S. 3*
- *Ein anderer Blick auf Erfolgsbedingungen und Misserfolg der Linken bei den Landtagswahlen 2016 – S. 6*
- *Essen: Rat beschließt Ausbauperspektiven für öffentlichen Nahverkehr – S. 13*
- *Maschinenbaukonferenz der IG Metall: Gabriel 4.0? – S. 16*
- *Deutscher Juristentag kritisiert Entwicklung in der Türkei und warnt vor AfD – S. 18*

Beilage: Rundbrief Nr 17 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Ausgabe Nr. 10 am 13. Oktober 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, Eva Detscher E-Mail: pb@gnn-verlage.de
In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Schweiz: Nationalisten isoliert

Vor knapp drei Jahren konnten die Nationalisten von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) triumphieren: In einer Volksabstimmung konnten sie, wenn auch mit nur sehr knapp mit 50,3% Volksmehr und 12 5/2 Ständemehr, einen neuen Verfassungsartikel durchsetzen, der bewusst gegen den von der Schweiz vertraglich zugesicherten freien Personenverkehr mit der Europäischen Union verstößt (Wortlaut siehe Kasten).

Der Schweizer Regierung und dem Parlament bleiben nur noch wenige Monate Zeit, bis Februar 2017, diese Verfassungsänderung in Gesetze umzusetzen. Auf Vorschlag der Regierung hat Ende September die Mehrheit des Nationalrats (= Bundesparlament) einer Regelung zugestimmt, die in der Presse allgemein als „Inländervorrang light“ bezeichnet wird.

Die Abstimmung im Nationalrat verlief eindeutig: mit 126 zu 67 Stimmen und 3 Enthaltungen wurde das Gesetz in der Schlussabstimmung angenommen. Alle Parteien außer der SVP befürworteten es, die Allianz der Nationalisten mit den Bürgerlichen, die es bei vielen Abstimmungen bisher gab, kam hier nicht zu Stande. Auch der Versuch der SVP, in den Abstimmungen über einzelne Passagen Verschärfungen unterzubringen, scheiterte, wenn auch manchmal nur knapp.

Inhalt dieses „sanften Inländervorrangs“ ist:

Der Bundesrat (=Regierung) kann eine Meldepflicht für offene Stellen bei den Arbeitsämtern erlassen, die dann den Firmen eventuell einen Schweizer Bewerber vorschlagen, die Firma können aber weiterhin einstellen, wenn sie wollen. Erzielt die Meldepflicht nicht die erwünschte Wirkung, kann der Bundesrat „bei schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Prob-

lemen geeignete Abhilfemaßnahmen“ beschließen. Sie sind im Gesetzesentwurf nicht definiert. Der Bundesrat legt den Schwellenwert zur Auslösung und die Dauer der Maßnahmen fest. Er kann sie regional und auf bestimmte Berufsgruppen beschränken. Die über die Meldepflicht hinausgehenden Abhilfemaßnahmen müssen im Gemischten Ausschuss gemeinsam mit der EU beschlossen werden, wenn sie nicht mit der Freizügigkeit kompatibel sind. Abhilfemaßnahmen bei schwerwiegenden Problemen, die durch Grenzgänger verursacht werden, werden vom Bundesrat auf Antrag der Kantone beschlossen. Auch sie müssen einvernehmlich mit der EU beschlossen werden. Entscheidende Kriterien für die Aktivierung sind das Bruttoinlandprodukt, die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit.

Jetzt muss noch der Ständerat (Ländervertretung aus je zwei direkt in den Kantonen gewählten Vertretern) darüber befinden, eine erste Diskussion im zuständigen Ausschuss ergab grundsätzliche Zustimmung, bei einzelnen Punkten dürfte es noch Veränderung in Richtung einer Verschärfung des Gesetzesentwurfs aus dem Nationalrat geben (z.B., dass die Firmen vom Arbeitsamt vorgeschlagene Bewerber zwingend zu einem Vorstellungsgespräch einladen müssen). Die Abstimmung dürfte vermutlich im November stattfinden.

EU-Kommissionspräsident Junker hat dem Bundespräsidenten Schneider-Amman signalisiert, dass die Europäische Union einer solchen Regelung zustimmen könne, auch wenn es noch offene Fragen gibt.

Damit hat die Schweiz auch Konsequenzen aus der Brexit-Abstimmung gezogen. Anders als Großbritannien will das Land in der Kooperation mit der Europäischen Union bleiben.

Alfred Küstler

Geänderte Schweizer Verfassung

„Art. 121a (neu) Steuerung der Zuwanderung

1 Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

2 Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

3 Die jährlichen Höchstzahlen und

Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

4 Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

5 Das Gesetz regelt die Einzelheiten

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Theresa May, Herrin der Lage?

Eines der Probleme der Brexit-Entscheidung war die vollständige Ungewissheit über die wirtschaftliche Gestaltung, die dieser politischen Willensbildung folgen könne. In diese Ungewissheit hat Frau May nun das Stichwort WTO geworfen. Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs funktioniert im Rahmen der arbeitsteiligen Weltwirtschaft. Im EU-Raum besteht weitgehende Freizügigkeit des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften. Im Weltmaßstab ermöglichen Regeln der Welthandelsorganisation WTO die Stabilisierung von Wirtschaftsbeziehungen, sie erlauben aber auch staatliche Regulierungen, d.h. die Erhebung von Zöllen und die Gestaltung sog. nicht-tarifärer Handelshemmnisse, worunter man Gesetze versteht, die Einfuhr konkreter Produkte aus dem Ausland erschweren. Beim sogenannten harten Brexit ließe sich das Land gegenüber der EU auf den WTO-Standard zurückfallen. Das heißt, dass alle Transaktionen der Kontrolle des Außenhandels und des Personenverkehrs durch den Zoll- und Grenzschutzbehörden unterliegen würden. Selbst wenn diese Situation nicht zu schikanösen Gestaltungen politisch genutzt würde – Stichwort Handelskrieg, Protektionismus usw. – wäre die bürokratische Belastung groß, nicht wegen der Aufblähung der erforderlichen Behörden und dazu passender Einrichtung von Spezialabteilungen bei den Unternehmen. Es entstünden auch bei freundlichster inhaltlicher Gestaltung Zeitverluste, die für das Hand-in-Hand-Arbeiten in der Produktion, bei den Dienstleistungen und letztlich auch in den Welten der Wissenschaft und der Kultur eine hohe Schwelle schaffen müssten.

Dennoch hielt Premierministerin May am 5. Oktober in Birmingham beim Parteitag der Konservativen eine Rede (Auszüge nächste Seite), in der sie den Rückbau der Beziehungen zu den EU-Europäern auf den Level der WTO in Aussicht stellte, wenn dies nicht sogar als Ziel benannte. Frau May sprach wie jemand, dem vollständige Souveränität des Staates und Autarkie der Wirtschaft ein Wohlgefallen und alles andere leidig ist. Im Dunkel bleibt freilich, wie die auf der breiten Straße des EU-Rechts entwickelten Kooperationsprozesse auf den engen Pfaden des WTO-Rechts fortfahren könnten. Dementsprechend wächst die Unruhe bei den Repräsentanten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur.

Wenn es der Premierministerin und Parteiführerin darum geht, die UKIP zu zerlegen, kann sie auf Erfolge verweisen. Diese Partei, die sich rechts

neben den Konservativen mit dem Ziel der Austritts Großbritanniens aus der EU und auf der Basis von Aversionen gegen alles Ausländische gebildet hat, stellt im Europaparlament 22 der 73 Abgeordneten des Vereinigten Königreichs. Im Unterhaus hat sie in Folge des britischen Wahlrechts, das nur Wahlkreissieger ins Unterhaus gelangen lässt, aber nur einen Sitz. Nigel Farage, Gründergestalt und Einpeitscher der UKIP, trat nach dem Referendum zurück. Letztlich trat Diane James, vor Wochen noch als strahlende Siegerin auf dem UKIP-Parteitag gewählt, zurück. Vor wenigen Tagen kam es in den Räumen des EU-Parlaments zu einer schweren Schlägerei in der Fraktion. Alles Anzeichen für fortschreitenden Sinnverlust. Dass die Minimierung der UKIP ein strategisches Ziel der Politik der Konservativen ist, liegt auch am Wahlrecht. Da eine Stichwahl nicht vorgesehen ist, kann es zu erdrutschartigen Verlagerungen kommen, wenn drei oder vier Parteien im Spiel sind. Dann können 30 Prozent oder weniger fürs Mandat reichen, und so war das eine Mandat, das UKIP letztlich unter diesem Wahlrecht gewonnen hatte, ein lautes Warnsignal, das durch den Ausgang des Brexit-Votums noch verstärkt wurde. Frau May versucht, der UKIP die Themen wegzunehmen oder sogar, sie zu übertrumpfen, die Frage nach dem Wahrheitsgehalt von Behauptungen und der Realisierbarkeit von Versprechen bleibt dabei nachgeordnet.

In einem ganz ähnlichen Stil geht Frau May die Labour Party an, deren Vorsitzender Jeremy Corbyn soeben durch eine Urwahl mit 61,8 Prozent bestätigt wurde, wenn er auch in der Unterhausfraktion und unter den Amtsträgern der Partei keine Mehrheit hat. Die Labour-Party betreibt eine offene Aufnahmepolitik. Neuzugänge aus Linksmobilisierungen haben eine Verschiebung der Machtverhältnisse bewirkt. Es ist aber keineswegs sicher, dass sich diese Verschiebung bei den nächsten Parlamentswahlen realisieren wird. Ins Unterhaus kommen ausschließlich Wahlkreisgewinner, und es wird nicht leicht sein, dieser Machtverschiebung entsprechende Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Wie sich die Labour-Party inhaltlich neu aufstellt, werden die kommenden Monate zeigen. Bis jetzt zeichnet sich ein europaskeptischer Kurs im Gemenge mit sozialen Anliegen ab. Die Diskussion ist, wie es bei innerparteilichen Strategiediskussionen in anderen Ländern oft der Fall ist, von Deutschland aus nicht leicht zu verfolgen.

In diesem Dreieck – Repräsentanten von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft

– entfesselte UKIP-Rechte – Labour in Kombination mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen – versucht Frau May als Premierministerin und Parteiführerin die Konservative Partei als Sammlungsbewegung aufzustellen. Dabei beschreitet sie, wie immer deutlicher wird, den Weg einer Transformation der Demokratie. Die Zeichen weisen weg von der Idee der rechtlich gesicherten und institutionell ausbalancierten Demokratie. Den Trend belegt der Kampf, der sich um das Verfahren nach dem Brexit-Votum entfaltet. Frau May entwickelt und fixiert dazu die Position, dass es allein Sache der Regierung sei, den Prozess in Gang zu setzen. Einflussreiche Konservative halten dagegen, dass eine Art Ausführungsgesetz im üblichen Gesetzgebungsverfahren, Unterhaus, Oberhaus, Krone, erforderlich sei. Setzt sich die Premierministerin durch, so hätte das Plebiszit zu einer Ermächtigung der Premierministerin geführt, das Ausbuchstabieren der Konsequenzen jenes Auftrags wäre damit Sache der obersten Führung. Eine Klage vor dem Supreme Court liegt an ...

Die Ermächtigung der Exekutive auf dem Wege des Plebiszits hat in der Geschichte des modernen Europa eine lange und problematische Tradition. Der Weg Napoleon III. in das Debakel des deutsch-französischen Kriegs wäre eine Erinnerung wert, genauso wie der gerissene Einsatz dieses Instruments durch die Nazis. Kritische Würdungen verorten die Gefahren beim mangelnden Entscheidungsvermögen der Bevölkerung. Erfahrungen aus der Schweiz berechtigen zu der Vermutung, dass die Brisanz des Plebiszitären vor allem dann entsteht, wenn eine Staatsspitze mit ausgebauten Kompetenzen vorhanden ist, die das Votum aufgreift, um zu tun, was sie will. Fehlt, wie in der Schweiz, eine solche bevollmächtigte Spitze, bleibt die breite Öffentlichkeit mitsamt ihren politischen Institutionen mit der Gestaltung der Konsequenzen beschäftigt. Im anderen Fall gibt es die Rolle der charismatischen Führung, und es scheint, als wolle Frau May sie besetzen.

Und diese Rolle müsste auch ausgespielt werden, wenn die Geschäfte der Regierung nicht als Suche nach dem wechselseitigen Nutzen der Zusammenarbeit der Volkswirtschaften geführt werden, sondern im Geiste der Gefahrenabwehr unter der Annahme, dass der Vorteil der einen Nachteil der anderen sein müsse. Während im Wettbewerb selbst ein sehr kleines Land eine achtbare Position behaupten kann, zählen im Kampfmodus die strategischen Reserven. Eine große Rolle spielt

dabei die schiere Größe, eine andere der Zugriff auf Vernichtungsmitteln, eine dritte niedrigschwellige Bereitschaft, vom Verhandlungszustand in den Kriegszustand zu wechseln.

Aus der Logik des Kampfes ergibt sich zwingend der Bedarf an einsatzbereiten Truppen. Frau May beließ es in ihrer Rede nicht dabei, dem Selbstbewusstsein der Truppe zu schmeicheln. Sie begab sich auf den abschüssigen Weg des Rückbaus des Völkerrechts, in dem seit den Schrecken des Zweiten Weltkriegs die Idee Platz hat, dass der gehorchende Soldat für seine Handlungen verantwortlich bleibt und zur Rechenschaft gezogen werden kann. Nicht nur in Großbritannien geraten diese Errungenschaften unter Druck. In Deutschland hat z.B. die Rechtsprechung die akrobatische Leistung vollbracht, sowohl den befehlsgewaltigen Offizier wie auch die Bundesrepublik von jeder Verantwortlichkeit und Haftung für den Tod von über hundert Unschuldigen freizusprechen.

In dieser Zeitschrift haben wir zur

Kenntnis genommen, dass der Brexit mit einem Programm der modernisierten Atomrüstung verbunden wurde und in diesem Zusammenhang auch mit einer Widerbelegung der Atomwirtschaft. Nun müssen wir notieren, dass die Regierung unseres Nachbarlandes, das so Bedeutendes im Kampf gegen das Nazis-Regime leistete und nach dem Krieg zur Etablierung demokratischer Verfahren in der BRD entscheidend beitrug, einem Rückbau des Völkerrechts das Wort redet. Dies ist gerade im Zusammenhang mit der Nachrüstung von atomaren Vernichtungsmitteln tief beunruhigend.

Der Entscheidung für den Brexit wird von der Regierung May als Auftrag zur Herstellung maximaler außenpolitischer Handlungsfreiheit interpretiert, und Instrument dazu sind die Truppen, ihre Bewaffnung, ihre Einsatzregeln und ihre Einsatzbereitschaft. Der Ausbau der Atomwirtschaft ist einerseits wegen der Modernisierung der Atomwaffen nötig, andererseits kann man ihn als Schritt in Richtung Aut-

arkie begründen.

Parallel zum Ausbau der Instrumente politischer Gewalt bietet die Regierung Aussichten auf einen ganzen Strauß von Verbesserungen der tatsächlichen Lage der vom Markt benachteiligten Menschen an. Was geschieht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dieser Versprechen nicht trägt? Der Einklang zwischen Plebiszit und Staatsspitze kann sich relativ schnell in einer neuen Kombination der politischen Balancen niederschlagen, ebenso kann die Strategie der Aufrüstung, für die Frau May auch im Unterhaus eine Mehrheit hat, schnell gestartet werden. Sie ist bereits Fakt. Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen hingegen brauchen ihre Zeit, konkret gesagt, kann es leicht geschehen, dass ein nach innen und außen stark gerüsteter Staat unter einer Regierung, die sich an eigenmächtiges Handeln gewöhnt hat, die gemachten Wohlfahrtsversprechen nicht halten kann. Was dann?

Martin Fochler, Alfred Küstler

Theresa May beim Parteitag der Konservativen Partei in Birmingham am 5. Oktober 2016 (Auszüge, eigene Übersetzung)

„Das Gute was die Regierung machen kann“

Die neue Mitte

(...) Ich möchte unsere Partei und unser Land auf den Weg zu einer neuen Mitte der britischen Politik bringen ...

Begründet auf den Werten von Gerechtigkeit und Chancengleichheit ...

wo jeder die gleiche Rolle spielt und wo jeder – unabhängig von seiner Herkunft oder der seiner Eltern – die Chance hat alles zu werden was er will.

Und wenn ich das sage, ist mir klar: eine Vision ist nichts ohne den Willen, sie auch zu verwirklichen.

Keine Vision baut ein Geschäft auf. Keine Vision bekleidet eine Familie oder macht ein hungriges Kind satt. Keine Vision für sich hat je ein Land verändert.

Man muss sich dafür einsetzen und sich anstrengen. Aber dann können große Dinge geschehen. Große Veränderungen können stattfinden. Und zweifellos, Britannien braucht das heute. Weil im Juni hat das Volk für Veränderung gestimmt und eine Veränderung wird kommen.

Britanniens stille Revolution

(May schildert die Erfolge von sechs Jahren konservativer Regierung und dankt David Cameron dafür.)

Aber jetzt brauchen wir wieder einen Wechsel. Das Referendum war nicht nur ein Votum zum Austritt aus der EU. Es war etwas umfänglicher – etwas was die Europäische Union verkörperte.

Es war ein Gefühl – tief, begründet und oft gerechtfertigt –, das viele Menschen heute haben, dass die Welt gut

funktioniert für die wenigen Privilegierten, aber nicht für sie.

Es war nicht nur eine Abstimmung um die Beziehungen Britanniens zur Europäischen Union zu ändern, sondern auch ein Appell, die Art, wie unser Land funktioniert, zu ändern.

Klopfen Sie an irgendeine Tür in den allermeisten Teilen des Landes und sie werden dort die Wurzel für die Revolution bloß gelegt finden.

Unsere Wirtschaft sollte für jeden was bringen, aber wenn du es nicht schaffst auf der Einkommensleiter hochzukommen oder wenn dein Kind in einer schlechten Schule steckt, dann fühlt es sich nicht so an, also ob sie das täte.

Unsere Demokratie sollte für jeden was bringen, aber wenn du jahrelang sagst, dass sich die Verhältnisse ändern müssen und du stößt auf taube Ohren, dann fühlt es sich nicht so an, also ob sie das täte.

Und die Wurzeln für die Revolution verlaufen tief. Denn es waren nicht die Reichen, die das größte Wunder nach der Finanzkrise vollbracht haben, sondern gewöhnliche Arbeiterklassefamilien.

Und wenn du einer von denen bist, die ihren Job verloren haben, der weniger Stunden arbeiten darf, der eine Lohnkürzung hinnehmen musste, während die Rechnungen im Haushalt nach oben schossen – und ich kenne eine Menge Leute, die das nicht zugeben würden – Leute, die arbeitslos sind oder weniger verdienen, wegen der Zuwanderung

von Ungelernten, das Leben scheint einfach nicht gerecht.

Es fühlt sich so an, als ob deine Träume zugunsten anderer geopfert wurden.

So muss die Veränderung kommen. Weil wenn wir nicht antworten – wenn wir nicht die Gelegenheit ergreifen die Veränderung zu liefern, die die Menschen wollen – wird die Verärgerung zunehmen. Die Spaltung wird sich verfestigen.

Und das wäre ein Desaster für Britannien. Denn die Lektion von Britannien ist die, dass unser Land auf den Bindungen von Familie, Gemeinschaft und Staatsbürgerschaft aufgebaut ist.

Von starken Institutionen und einer starken Gesellschaft.

Das Land meiner Eltern, die mir Gemeinsinn beigebracht haben und den Sinn dafür, dass jeder etwas zurückgeben will.

Die Eltern, die die ganze Woche hart arbeiten, aber sich die Zeit nehmen, am Wochenende das Footballteam der Jugendlichen zu betreuen.

Die örtlichen Familienunternehmen in meinem Wahlkreis, die der Gemeinschaft seit mehr als 50 Jahren dienen.

Die Soldaten und Soldatinnen, die ich letzte Woche getroffen habe, und die ihre Uniform mit Stolz zu Hause tragen und unserer Nation ehrenvoll im Ausland dienen.

Ein Land von Anstand, Gerechtigkeit und ruhiger Entschlossenheit.

Und ein erfolgreiches Land – klein in der Größe, aber groß im Format –,

das mit weniger als einem Prozent der Weltbevölkerung mehr Nobelpreisträger hat als jedes andere Land außer den USA ... gestern kamen drei neue hinzu – zwei arbeiteten hier in dieser großartigen Stadt. Ein Land, das sich rühmen kann drei von den zehn Top-Universitäten der Welt zu haben. Das führende Finanzzentrum der Welt. Und Einrichtungen wie den NHS (nationaler Gesundheitsdienst, d.Ü.) und BBC deren guter Ruf aus den entferntesten Ecken des Globus zurückkommt.

All das ist möglich, weil wir das Vereinte Königreich sind – England, Schottland, Wales und Nordirland – und ich werde immer dafür kämpfen, unseren Stolz zu erhalten, die historische Union und werde uns nicht durch nationalistische Strömungen spalten lassen.

Dennoch sehen wir in unserer heutigen Gesellschaft überall Spaltung und Ungerechtigkeit. Zwischen einer wohlhabenderen älteren Generation und einer sich abkämpfenden jüngeren. Zwischen dem Reichtum von London und dem Rest des Landes.

Aber vielleicht am meisten zwischen den Reichen, den Erfolgreichen, den Machhabern und ihren Mitbürgern.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Wir wollen den Erfolg. Wir wollen, dass die Menschen voran kommen.

Aber wir schätzen auch etwas anderes: den Geist der Nationalität (*citizenship*, wird normalerweise für Staatsangehörigkeit im rechtlichen Sinne verwendet, d.Ü.)

Dieser Geist, der die Bindungen und Verpflichtungen respektiert, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das meint eine Verpflichtung gegenüber den Männern und Frauen, die mit uns zusammen wohnen, arbeiten, die Güter und Dienstleistungen kaufen, die wir anbieten.

Dieser Geist, der den Sozialvertrag erkennt und sagt, wir sollten unseren jungen Leute vor Ort ausbilden bevor wir billige Arbeit aus Übersee holen.

Dieser Geist, der dich das tun lässt, was alle tun, und du einen gerechten Anteil der Steuer zahlst.

Aber heute benehmen sich viele Menschen in Machtpositionen so, als ob sie mehr mit den internationalen Eliten gemein hätten und nicht mit den Menschen auf der Straße, den Menschen, die sie beschäftigen, denen sie begegnen.

Aber wenn ihr glaubt, ihr seid Weltbürger, seid ihr Bürger von nirgendwo. Ihr habt nicht verstanden, was „Bürgerschaft“ (*citizenship*) bedeutet.

So wie wenn ihr ein Chef seid, der ein Vermögen verdient, aber sich nicht drum kümmert, was mit seiner Mannschaft wird ...

Eine internationale Firma, die Steuergesetze als ein freiwilliges Extra betrachtet ...

Ein Prominenter, der sich weigert mit den Behörden zusammenzuarbeiten, selbst im Kampf gegen den Terrorismus ...

Ein Direktor, der enorme Dividenden auszahlt, obwohl er weiß, dass der Pensionsfonds der Firma pleite ist ...

Ich warne, das wird nicht länger gehen. Der Wechsel hat begonnen. Und diese Partei – die Konservative Partei – wird diesen Wechsel vollbringen.

Der Glaube an das Gute, was eine Regierung tun kann

In dieser Passage betont Theresa May die Rolle des Staates, der all die beschriebenen Missstände beheben könne. Verbunden mit starker Polemik gegen die Labour-Partei, die spalte und Barrieren aufbaue.

A Global Britain (Großbritannien in der Welt)

Und wenn wir an das Gute glauben, was die Regierung machen kann, dann ist es für Menschen wichtig, dass sie uns zutrauen, dass wir den Wechsel liefern, den sie brauchen.

Wir können damit anfangen, indem wir etwas Offensichtliches tun. Und das ist aufhören zu streiten, das respektieren, was uns das Volk am 23. Juni gesagt hat – und Großbritannien rausnehmen aus der Europäischen Union.

Denn das war die typisch britische ruhige Entschlossenheit rauszugehen und zu wählen, wie sie es getan haben: dem Establishment trotzen, die Drohungen ignorieren, ihre Stimmen zu Gehör bringen.

So lasst uns jetzt dieselbe Entschlossenheit zeigen. Und lasst uns klar machen, was passieren wird.

Artikel 50 wird nicht länger dauern als bis Ende März 2017.

Ein großes Aufhebungsgesetz, um alle Verordnungen der Europäischen Union loszuwerden – kommt in der nächsten Sitzungsperiode des Parlaments.

Unsere Gesetze werden nicht in Brüssel gemacht, sondern in Westminster. Unsere Richter sitzen nicht in Luxemburg, sondern an Gerichtshöfen überall im Land. Die Geltung von EU-Gesetzen in unserem Land wird für immer beendet.

Das Volk hat uns gesagt, dass es diese Dinge will – und diese Konservative Regierung liefert.

Es ist natürlich noch zu früh zu sagen wie die genauen Abmachungen aussehen werden, die wir mit der EU erreichen. Es werden harte Verhandlungen, das wird ein Nehmen und Geben verlangen. Und wenn es auch immer einen Druck geben wird, das laufend zu kommentieren, ist genau das nicht in unserem nationalen Interesse.

Aber lassen sie mich klar sagen, wie die Vereinbarung aussehen soll.

Ich will, dass sie die starke und ge-

wachsene Verwandtschaft widerspiegelt, die wir zu unseren europäischen Freunden haben.

Ich will, dass sie die Zusammenarbeit bei der Sicherheit und dem Kampf gegen den Terrorismus einschließt.

Ich will, dass sie den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen beinhaltet.

Ich will, dass sie den britischen Firmen ein Höchstmaß an Freiheit gibt im europäischen Binnenmarkt und umgekehrt den europäischen Firmen bei uns.

Aber lasst uns eines laut und klar sagen: wir verlassen die Europäische Union nicht, um die Kontrolle über die Einwanderung wieder aufzugeben. Und wir verlassen sie nicht, um zur Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof zurückzukehren. Das wird nicht geschehen.

Wir gehen raus um, einmal mehr, ein vollständig souveränes und unabhängiges Land zu werden.

Und dieses Britannien – das Britannien, das wir nach dem Brexit aufbauen – wird ein weltumspannendes Britannien sein.

Wenn wir die Europäische Union verlassen, verlassen wir nicht den Kontinent Europa. Wir werden nicht unsere Verbündeten und Freunde im Ausland verlassen. Und wir werden uns nicht aus der Welt zurückziehen.

Tatsächlich ist es jetzt Zeit eine starke neue selbstbewusste Rolle für uns auf der Weltbühne zu erfinden.

Wir halten unsere Versprechen gegenüber die Ärmsten in der Welt.

Wir leisten humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Not.

Wir übernehmen die Führung im Kampf gegen die moderne Sklaverei, wo immer sie auftritt.

Wir unterzeichnen das Pariser Abkommen zur Klimaänderung.

Wir werden immer am stärksten und leidenschaftlichsten für den Freihandel in aller Welt kämpfen.

Und wir verpflichten uns immer für eine starke nationale Verteidigung und werden die besten Streitkräfte unterstützen, die man kennt.

Und in dieser Woche hat unser hervorragender Verteidigungsminister, Michael Fallon, bewiesen, dass wir sie nicht nur in unseren Herzen und Seelen haben. Wir werden nicht nur dabei bleiben, dass wir zwei Prozent unseres Nationaleinkommens für Verteidigung ausgeben.

Wir werden nie wieder – in keinem zukünftigen Konflikt – zulassen, dass diese Aktivisten, die linksorientierten Menschenrechtsanwälte, unsere Tapfersten der Tapfersten – die Männer und Frauen der britischen Streitkräfte – beschimpfen und beleidigen.

<http://press.conservatives.com/post/151378268295/prime-minister-the-good-that-government-can-do>

Die Parteidiskussion der differierenden Wahlergebnisse kann sich in die Frage verbeißen, welche der in der Partei gepflegten Strömungen, Traditionen oder Lehrmeinungen durch sie gestützt bzw. widerlegt wird. Da besteht die Gefahr, die Rechnung ohne den Wirt, die Wählerinnen und Wähler, zu machen. Die Anordnung der wirkenden Faktoren im Kräftefeld von Nachfrage und Erwartungen der Wählerschaft, Angebote und Auftreten der Partei führt zu der Frage, was als Gegenstand guten Regierens bzw. geschickter

Opposition ausgemacht werden könnte. – Der Autor bezieht sich in seinem Beitrag mehrfach auf „Gruppendiskussion“. Es geht dabei um ein Verfahren, das die Meinungsumfrage ergänzt und sich dazu eignet, politische Meinungsbildung zu erfassen, wie sie sich gerade nicht mit Blick auf ein gewünschtes Wahlergebnis oder den Parteierfolg ereignet. Zum Stichwort Gruppendiskussionen siehe beispielsweise <http://qs.f.e-learning.imb-uni-augsburg.de/book/export/html/523>

Ein anderer Blick auf Erfolgsbedingungen und Misserfolg der Linken bei den Landtagswahlen 2016

Harald Pätzolt, Oktober 2016

Dieser, bereits vorliegende Analysen nur im Detail ergänzende Blick ist ein sehr persönlicher, die Urteile subjektiv gefärbt, das Ganze unvollständig, ja episodisch. Ich betrachte *ausschließlich* drei Faktoren: (1) Nachfrage der Wählerschaft nach Politik, (2) Erwartungen der Wählerschaft an Die Linke und (3) die Performance der Partei, ihr politisches und werberisches Angebot an die Wählerschaft. Ein Faktor, die politische *Nachfrage*, ist durch die Partei kurz- und mittelfristig kaum zu beeinflussen. Die *Erwartungen* an die Partei sind sicher mittelfristig beeinflussbar, sie stellen ja gewissermaßen die kollektive Erfahrung der Wählerschaft bzgl. der Linken dar. Die *Performance* der Partei ist immerhin ihr eigenes Produkt.

Entsprechend interessiert künftig zum einen der *Umgang der Partei mit dem Wissen über die politische Nachfrage*. Der war, gelinde gesagt, in Sachsen-Anhalt (ST) und Mecklenburg-Vorpommern (MV) mangelhaft. Darüber wäre zu sprechen, wenn man es ändern will. Der *Umgang mit dem Wissen über die Erwartungen der Leute an die Linke* wäre ein zweites Thema. Da sieht es sicher besser aus. Allerdings bedeutet das, wie die Fälle MV und ST zeigen, nicht, dass die Partei mit den Erwartungen selbst angemessen umgehen muss. Die *Frage nach der Performance der Partei* ist dann sicher eine, die mit Blick auf die Pfadabhängigkeit (d.h. der Bestimmtheit durch die eigene Geschichte) derselben hin beantwortet werden sollte, als zentrales Problem aber auf eine andere Frage, die nach der *Strategiefähigkeit* der entsprechenden Landesverbände der Linken. Nach meiner Analyse war die in Berlin deutlich entwickelter als in ST und MV, wo sie nur auf niedrigerem Niveau erkennbar war. Was wiederum, nicht nur, aber doch maßgeblich, mit dem Wissensmanagement der Führungen der Landesverbände, mit den

Fähigkeiten zum Organisationslernen, mit der Organisation interner Kommunikations- und Entscheidungsprozesse zu tun haben dürfte.

Sachsen-Anhalt, Landtagswahl 2016

Ich beginne mit dem inhaltlichen *Angebot*. Der Parteitag im Technikmuseum Hugo Junkers in Dessau-Roßlau am 18. April 2015 war eine Inszenierung zur Vorstellung Wulf Gallerts als Spitzenkandidat der Linken. Zu seiner Rede, auch zum Wahlprogramm und den daraus extrahierten elf Punkten, einer Art Kurzwahlprogramm, ließe sich sagen: (1) Geniale Location. Leider nicht vom Genius Loci berührte Akteure. Null Inspiration. Keine Ideen, kein Plan, wie Innovation wieder in Sachsen-Anhalt passieren könnte und nicht anderswo. (2) Keine Bereitschaft, dafür die Regeln (der Landespolitik) zu brechen. (3) Stattdessen „gerahmter“ Sozialdemokratismus, Austarieren, mehr hier, mehr da, Verbesserungen, alles im Rahmen, alles im Bereich des Möglichen, mit gegebenen Mitteln statt mit Neuem das Unmögliche zu wagen. Mein Fazit: (4) Keine Entwicklung des Landes, keine neue Qualität gedacht und geplant.

Die *Nachfrage* war aus unseren Analysen bekannt: (1) Verfall von Infrastruktur und Abwanderung der Jugend stoppen, (2) Zukunft, Aufbruch, Perspektiven gestalten, (3) dabei die Menschen mitnehmen, (4) das Erreichte, die Potentiale (Landschaft, Kultur, Geschichte) und die Zukunft selbstbewusst repräsentieren und (5) die Regionen als politische Gestaltungsräume nehmen, nicht das Land.

Natürlich war die *Performance* der Partei und ihres Personals inhaltlich *pfadabhängig*, man hat es nie anders gemacht. Nicht in Regierung und nicht in der Opposition der letzten Jahre.

Wir sehen also (1), dass das politische Angebot, die Performance von Partei und Spitzenpersonal nicht stimmte, obwohl (2) das Wissen über die politische Nachfrage bekannt war.

Anders war es mit dem Umgang mit

den auch aus Analysen bekannten *Erwartungen an die Linke*: (1) Setzen sich für sozial Schwächere, gegen soziale Kälte, für soziale Gerechtigkeit ein, (2) zeigen Bürgernähe, (3) haben einige gute Ideen und (4) man war durchaus offen für ein Mitregieren der Linken. Man erwartete also, kurz gesagt, eine „gerahmte“ sozialdemokratischere Politik als die/mit der SPD.

Das Problem war, dass wohl das Wahlprogramm dem entsprach, auch die oppositionelle Praxis, beides allerdings wenig wahrgenommen wurde. Dafür entsprach die Wahlkampagne dem nun ganz und gar nicht: Es wurde kein Themenwahlkampf geführt, sondern voll personalisiert. Leider wurde der Spitzenkandidat personalisiert, nicht die Themen. Wulf Gallert war das Thema – als Frauenversther, Wirtschaftskenner usw.

Damit wurden im Wahlkampf weder die Nachfrage der Wählerschaft noch deren Erwartungen an die Linke bedient. Auch ohne das Flüchtlingsthema, das den Run zur AfD einerseits, einen „Rally-Round-The-Flag-Effekt“ (Wahl des Amtsinhabers) andererseits auslöste, wäre das Ergebnis für die Linke wohl unter den Erwartungen geblieben.

Fazit: Nachfrage, Erwartungen und Performance der Partei stimmten im Wahlkampf nicht überein. Das führte unter den bekannt schlechten Umständen zu erdrutschartigen Verlusten.

Mecklenburg-Vorpommern, Landtagswahl 2016

Die Weichen für die wahlprogrammatistische Performance der Linken in MV wurden schon vor den Landtagswahlen 2011, im Jahr 2010, gestellt. Damals wurde der Leitbildprozess nicht zum Abschluss gebracht, aber es gab darin eine Menge guter Ideen. Es gab von mir einen Vorschlag für drei Leitideen, die „genau diejenigen Grund- oder auch Rahmenbedingungen der Entwicklung des Landes (betreffen), die eben eine Entwicklung behindern und in eine falsche Richtung drängen“. Die erste

Idee war, den Abfluss von Ressourcen zu stoppen. MV war damals, wie ganz Ostdeutschland, eine Transferökonomie, man fungierte als Nettokapital-exporteur. Die zweite Idee war, Globalisierung und Regionalisierung eng zu verbinden, mit modernsten, innovativen Ideen für Bildung, Gesundheit, Verwaltung usw. Und die dritte Idee war, ökologische Wirtschaftsentwicklung mit sozialer Teilhabe zu verbinden. Kurz, es ging um einen Entwicklungsschub für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in MV.

Das wurde abgelehnt. Stattdessen fokussierte man sich auf einen „gerahmten Sozialdemokratismus“, ein gutes Programm ausgleichender Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik, die anderen Felder wurden ebenfalls so bedacht. In Schlüsselvorhaben wurden die Vorhaben pointiert dargestellt.

Das wurde dann auch mit Themenplakaten in der Kampagne umgesetzt. Damit entsprach man den Erwartungen der Wählerschaft und konnte, trotz unguter bundespolitischer Performance der Partei(Führung), ein gutes Ergebnis (18,4%, ein Plus von 1,6%) erzielen.

Spätestens im Sommer 2015 diskutierte man in MV die strategischen Schlussfolgerungen aus den schwierigen Landtagswahlen des Jahres 2014. Abstrakt schien es klar, dass man etwas anders machen müsse. Wortmeldungen der Art, dass es kein „Weiter so!“ für die Linke in MV nach der Wahl 2016 geben dürfe, wurden meines Erachtens nicht ernst genommen – noch nicht. In der Sache schrieb man die politische Agenda der Oppositionsjahre fort.

Das änderte sich auch nicht durch die im Herbst 2015 vorgelegten Ergebnisse von Gruppendiskussionen, in denen der Wunsch nach Überwindung der

Stagnation, besonders festgemacht an der negativen demographischen Entwicklung festgemacht, auf den Tisch kamen: *Dem Land fehlten Bewegung und Perspektiven, also Entwicklung.*

Nach dem Desaster bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2016 dämmerte es den Verantwortlichen dann, dass es wohl eines anderen, alternativen Ansatzes bedurfte. Ich selbst forderte auf einer Tagung aller KandidatInnen ein deutliches Zeichen von der Partei, dass sie den Knall gehört habe. Ein inhaltliches Zeichen, versteht sich. Auch dem Hinweis, mit Blick auf Sachsen-Anhalt, durch Regionalisierung den unmittelbaren Gewinn der Menschen nach einer Wahl der Linken und ihrer eventuellen Regierungsbeteiligung deutlich herauszustellen, wurde keine Beachtung geschenkt. Das war umso verhängnisvoller, als die schlechten Erfahrungen vieler Menschen mit den Parteien gerade vor Ort, in der Region, gemacht wurden.

Verblüffend war dann sowohl die Entscheidung, Themen linker Landespolitik nicht mehr als soziale Gerechtigkeit, sondern als Heimatliebe zu framen, als auch die originelle graphische Umsetzung und die Komplettierung dieses monothematischen Ansatzes durch weitgehende Personalisierung der Plakat- und Großflächenkampagne.

Das war anders, allerdings auch der Wählerschaft fremd. Die schätzte, den Erwartungen der Wählerschaft, wie wir sie in Analysen vorab ermittelt haben nach, das soziale Engagement der Linken, auch wenn man, so die Aussagen, davon in Opposition wenig wahrnahm.

Fazit: Der ermittelten und bekannten Nachfrage der Wählerschaft nach Entwicklungsperspektiven für MV entsprach die *inhaltliche Performance* der Linken in MV 2016 mit ihrem Wahlprogramm und mit seinen uninspirierten, wenig innovativen „Zukunftsprojekten“ in keiner Weise. Wohl aber deren *inhaltlichen Erwartungen*. Mit der neuen Kampagne konnte allerdings die werberische Performance der Partei den bekannten *Erwartungen der Wählerschaft* nicht entsprechen.

Berlin, Landtagswahl 2016

Spätestens mit den Ergebnissen der Gruppendiskussionen April 2015 war bekannt, dass die Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin einen gänzlich anderen Charakter haben würde als die vorherigen Wahlen in den ostdeutschen Flächenländern. Das Problem war in den Augen der Wählerschaft für Berlin nicht, irgendwie und überhaupt eine Entwicklung in Gang

zu setzen. Berlin entwickelte sich und wuchs vor allem unkontrolliert und mit ambivalenten, auch sozial negativen Folgen. Der Verdichtungsdruck forderte Gestaltung durch Politik und die war unter SPD/CDU-Regierung bis dato ausgeblieben. Entsprechend groß war die *Nachfrage der Wählerschaft* (1) nach Gestaltung des Wachstums, (2) einer Intervention wegen der negativen Folgen und (3) einer entsprechenden Beteiligung der Bürgerschaft. Die Politik sollte das Tempo der Stadt aufnehmen und endlich agieren.

Anders als in den Flächenländern lagen die *Erwartungen der Wählerschaft* recht nahe an deren Nachfrage: „Zusammengefasst wird der Linken vor allem auf folgenden Feldern eine hohe Kompetenz zugesprochen: Soziale Gerechtigkeit und Mietentwicklung (jeweils 27%), Sicherung Berlins als lebenswerte Stadt (18%), Gentrifizierung (18%), Regulierung der Zuwanderung (18%), sozialer Zusammenhalt und Gemeinsinn (17%), Überforderung der Landespolitik (16%), Personalausstattung der Bürgerämter (16%), Transparenz der Verwaltung (16%) sowie Lenkung/Moderation der Stadtentwicklung (15%).“

Die *Performance der Berliner Linken* orientierte sich inhaltlich auf die Aufgabe, (1) der Entwicklung Berlins eine neue, soziale Richtung zu geben und dabei (2) die Armutsfrage aufzunehmen. Werberisch wurde deutlich gemacht, dass das (3) nur mit dem Druck und der Beteiligung der Stadtgesellschaft funktionieren kann.

Fazit: Das Geheimnis des Erfolgs der Berliner Linken lag in der hohen Übereinstimmung von Nachfrage und Erwartungen der Wählerschaft und Performance, politischem Angebot der Partei und ihres Personals.

Berliner Speed

mehr Zug reinbringen

DIE LINKE.

www.die-linke-berlin.de

Regierende

Bürger.Meister.

DIE LINKE.

www.die-linke-berlin.de



Schweiz: Streiken lohnt sich – Lohnnachzahlungen

Der 16-tägige Streik der Arbeiter in Sainte-Croix hat sich gelohnt. Nach mehreren Verhandlungsrunden wurden ihnen Lohnnachzahlungen in der Höhe von 62 000 Franken zugesprochen. Dies zeigt: Es lohnt sich, für seine Rechte einzustehen. Am 30. August traten sechs Arbeiter auf einer Baustelle der Firma Alpen Peak in Sainte-Croix (Kanton Waadt) in den Streik. Grund war ein gravierender Fall von Lohndumping. Die Arbeiter erhielten während Monaten viel zu wenig Lohn. Zudem wurden weitere Verstöße gegen den geltenden Gesamtarbeitsvertrag (GAV) festgestellt. Die Streikenden wurden von der Unia Neuenburg und der Unia Waadt unterstützt. Alpen Peak zahlt nun den Arbeitern 62 000 Franken nach. Dieser Fall zeigt, es lohnt sich zu kämpfen. Nur dank dem Kampfeswillen und der Streikbereitschaft der Arbeiter konnten dieser Lohndumpingfall und die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Quelle: <http://www.unia.ch>, 21.9.2016

Österreich: Metaller fordern 3 Prozent

Die Herbstlohnrunde wurde erstmals mit einer konkreten Lohn- und Gehaltsforderung gestartet. Die Gewerkschaften fordern für die rund 180 000 Beschäftigten eine Erhöhung der Mindest- und Ist-Löhne bzw. -Gehälter von drei Prozent. Besonders berücksichtigt werden sollen dabei die niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen. „Die wirtschaftliche Situation ist sehr solide, die Produktivität in der Sachgütererzeugung steigt und die Unternehmen konnten die Gewinne erhöhen“, begründen die beiden Verhandlungsleiter Rainer Wimmer (PRO-GE) und Rudi Wagner (GPA-djp) die Forderung. Die für die Verhandlung relevante Infla-

tionsrate liegt bei 0,7 Prozent. Neben den Entgelterhöhungen fordern die Gewerkschaften die erneute Ermöglichung der Freizeitoption, bei der anstelle der Ist-Erhöhung Anspruch auf zusätzliche Freizeit erworben wird. Jubiläumsgelder sollen zudem auch in Freizeit umgewandelt werden können.

Quelle: <http://www.gpa-djp.at>, 10.2016

Türkei: Massenentlassungen von Lehrkräften

Erneut kommt es in der Türkei zu Massenentlassungen von Lehrerinnen und Lehrern. Nachdem bereits kurz nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli rund 20 000 vermeintliche Gülen-Anhänger vom Schuldienst suspendiert wurden, trifft es nun vor Beginn des neuen Schuljahres die Lehrkräfte in den Kurdenregionen. Ministerpräsident Binali Yıldırım hatte die Suspendierung der Staatsdiener in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Städten im Südosten des Landes damit begründet, dass sie „irgendwie mit dem Terror verwoben“ seien. Nach offiziellen Informationen des türkischen Erziehungsministeriums sind 11 825 Lehrerinnen und Lehrer von den Entlassungen betroffen. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Mitglieder der laizistischen Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen, die im Widerstand zur AKP-Regierung steht und deshalb schon seit Jahren mit Repressalien und Kriminalisierung bedroht wird. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe verurteilte die neuerlichen Maßnahmen gegen Lehrkräfte scharf.

Quelle: <https://www.gew.de>, 20.9.2016

Irak – Jordanien: Auf dem Weg zu Existenzlöhnen

Gewerkschafter aus Jordanien und Irak trafen sich am 29./30. August in Amman, um zu diskutieren, wie die Gewerkschaften dem Problem der

niedrigen Löhne in ihren Branchen begegnen können. In Jordanien haben sich die Preise deutlich erhöht, aber die Löhne haben nicht Schritt gehalten. Ein dreigliedriger Lohnausschuss legt den Mindestlohn auf nationaler Ebene fest, aber der König trifft die endgültige Entscheidung. Die niedrigsten Löhne verdienen Textil- und Bekleidungsarbeiter, während die Arbeiter in den Branchen wie Kali, Phosphat und Zement mehr verdienen. Das Fehlen eines adäquaten Plans der Regierung sich mit der wirtschaftlichen Situation zu befassen, nimmt den Gewerkschaften die Möglichkeit mit der Regierung über eine nachhaltige Industriepolitik zu verhandeln, um die Löhne zu erhöhen.

Im Irak ist der Mindestlohn von der Regierung festgelegt. Es gibt keine Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor, der mehr als 75 Prozent der Arbeitnehmer umfasst. Der Mindestlohn im privaten Sektor beträgt umgerechnet 200 US-Dollar pro Monat und wird von einem paritätischen Ausschuss festgelegt. Die Durchsetzung ist ein großes Problem und es gibt viele Demonstrationen wegen unbezahlter Löhne. Wie in Jordanien, ist eine nachhaltige Industriepolitik erforderlich, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer von der Produktion ihres Landes richtig profitieren.

Die Mitgliedsorganisationen diskutierten, welche Strategien sie anwenden können, um ein besseres Klima für Lohnerhöhungen zu entwickeln. Textilarbeiter in Jordanien haben einen wichtigen Schritt bei der Entwicklung von branchenweiten Tarifverhandlungen aufgenommen, dies betrifft 62 000 Arbeiter, von denen 45 500 Wanderarbeiter sind. Die erste Vereinbarung wurde im April 2013 nach zwölf Monaten Verhandlung geschlossen und brachte unmittelbare Vorteile, darunter Streitigkeiten zu reduzieren und mehr Beachtung für Gewerkschaften. Die jordanischen Abkommen umfassen rund 60 000 Arbeiter, 70 Prozent davon sind Migranten und 70 Prozent sind Frauen, und alle Arbeitgeber gehören zur Exportbekleidungsindustrie. Im Jahr 2015 wurde die Vereinbarung mit den Arbeitnehmern in den Betrieben nach 6 Monate Konsultationen erneuert. Im Irak, wo Politiker die Kontrolle über die Lohnentscheidungen haben, arbeiten die Gewerkschaften hart, den Arbeitern Gehör zu schaffen. Dabei geht es um Lobbyarbeit und Medienstrategie, um den politischen Prozess zu beeinflussen.

Quelle: <http://www.industrialunion.org>

Bahrain: Gewerkschaftskampagne zur Sicherheit am Arbeitsplatz

Vertreter des Allgemeinen Dachverbands der Gewerkschaften von Bahrain besuchten am 29. August eine Bau-

stelle der Bahrain Steel Company. Dieser Besuch war Teil ihrer Kampagne über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die insbesondere auf Arbeitsmigranten ausgerichtet ist. Mehr als 75 bei der Bahrain Steel Company beschäftigte Arbeitnehmer erhielten von der Gewerkschaft Wasserrationen.

Quelle: <http://www.bwint.org>, 27.9.2016

Pakistan: PepsiCola greift Gewerkschaften an

Das PepsiCo-Management im Frito-Lay Werk in Lahore, Pakistan, hat auf die Bildung und offizielle Registrierung einer Gewerkschaft mit 650 Mitgliedern reagiert, indem sie die Beschäftigten belästigt und versucht, die Tarifverhandlungsrechte der Gewerkschaft zu verletzen. Schon seitdem die Gewerkschaft registriert wurde und ihr offiziell Tarifverhandlungsrechte gewährt wurden, erhielten Gewerkschaftsvertreter Disziplinarverfahren aufgrund falscher Anschuldigungen und der Gewerkschaftspräsident wurde aus dem Werk versetzt, um den Kontakt mit den Mitgliedern zu verhindern. Das Unternehmen hat eine gefälschte nationale Vereinigung registriert und behauptet, Arbeiter an zwei verschiedenen Standorten zu vertreten, mit dem Auftrag, einen ausgehandelten Tarifvertrag zu unterschreiben. Mitglieder der Gewerkschaft, die Überstunden verweigern, werden unter Druck gesetzt, die Gewerkschaft zu verlassen. Eine große Zahl von Arbeitern, einschließlich Frauen, haben am Werkstor Protestaktionen durchgeführt, sie fordern das Unternehmen auf, die Angriffe auf ihre Rechte zu beenden und zu verhandeln.

Quelle: iuf@iuf.org, 9.2016

Indien: Großer nationaler Gewerkschaftsstreik

Am 2. September brachten rund 150 Millionen Arbeitnehmer in einem landesweiten Streik ihren Protest gegen die indische Regierung zum Ausdruck. Dieser ist es bislang nicht gelungen, eine Einigung über die Forderungen zu erzielen, die von den Gewerkschaftsverbänden in einer Zwölf-Punkte-Charta aufgestellt worden waren. Der Streik war der landesweiten Streikaktion sehr ähnlich, die bereits am gleichen Tag im Vorjahr stattgefunden hatte. Die Regierung unternahm in letzter Minute Anstrengungen, um den Gewerkschaften entgegenzukommen und sie davon zu überzeugen, den Streik abzusagen. So kündigte sie eine Erhöhung der Mindestlöhne für ungelernte Arbeitnehmer in den Zentralverwaltungen von 246 Rupien auf 350 Rupien pro Tag (umgerechnet 140 US-Dollar monatlich) an. Diese Anpassungen lagen jedoch weit unter den

von den Gewerkschaften vorgelegten Forderungen und wurden sofort zurückgewiesen, woraufhin der Streik fortgesetzt wurde. Im Jahr 2011 hatte der zentrale Gewerkschaftsverband eine Zwölf-Punkte Charta mit Forderungen ausgearbeitet. Seitdem wird die Regierung immer wieder zu deren Umsetzung aufgefordert. Zu den Forderungen gehören die Anhebung der Mindestlöhne, gesicherte Renten, das Ende der mitunter jahrelangen Aneinanderreihung befristeter Verträge, gleicher Lohn und Sozialleistungen für fest angestellte Arbeitnehmer, die Aufhebung sämtlicher Obergrenzen bei Entlohnung und Bonusberechtigung; die Einrichtung von Vorsorgekassen, die Anhebung der Höhe von Abfindungen, die sofortige Ratifizierung der ILO-Übereinkommen 87 und 98, Einstellung der Änderungen des Arbeitsgesetzes sowie keine ausländischen Direktinvestitionen in der Eisenbahn- bzw. Versicherungsbranche.

Quelle: www.bwint.org, 26.9.2016

Indonesien: Fast-Food-Kette verschärft Repression

Champ Resto Indonesia, eine der führenden Fast-Food-Ketten Indonesiens, verschärft ihre Attacken auf die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft, die die Einhaltung von Grundrechten fordern. Letzten November starb das neugeborene Baby einer Champ Resto-Beschäftigten, als dem Kind eine unbedingt erforderliche Krankenhausbehandlung versagt wurde. Erst dann wurde den Beschäftigten klar, dass sie nicht bei dem staatlichen Krankenversicherungsprogramm für Angestellte und ihre Familien gemeldet waren. Der Vater des Neugeborenen, der 14 Jahre bei Champ Resto gearbeitet hatte, wurde entlassen, weil er fünf Arbeitstage gefehlt hatte, als die Familie um ihr totes Kind trauerte. Als Mitglieder des Verbands der Hotel- und Restaurantbeschäftigten FSPM im Juli in Bandung demonstrierten und von Champ Resto verlangten, alle Beschäftigten bei der Familienkrankenversicherung gemäß den staatlichen Vorschriften anzumelden, wurden 83 Beschäftigte sofort entlassen. Das Management lehnt ihre Wiedereinstellung ab und hat auf die Proteste der Gewerkschaft mit einem verstärkten Druck auf die Gewerkschaftsmitglieder reagiert. Die Gewerkschaft veranstaltet weiterhin wöchentliche Kundgebungen, um die Wiedereinstellung der entlassenen Beschäftigten, die volle Einhaltung der Gewerkschaftsrechte und die Aufnahme aller Beschäftigten des Unternehmens und ihrer Angehörigen in die staatliche Krankenversicherung zu fordern.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 6.10.2016

Korea: 1200 Bauarbeiter protestieren gegen Polizei

1200 Mitglieder der koreanischen Bauarbeitergewerkschaft demonstrierten vor dem südkoreanischen Polizeipräsidium in der Hauptstadt Seoul umschließenden Provinz Gyeonggi wegen ungerechtfertigter Ermittlungen gegen Gewerkschaftsmitglieder. Die Polizei verhörte Dutzende von Gewerkschaftsmitgliedern. Sie wollte ermitteln, ob die Mitglieder der Gewerkschaft mit Bauunternehmen bezahlte Freistellungen ausgehandelt hatten, um diese illegal für gewerkschaftliche Aktionen zu nutzen. Der Gewerkschaftssprecher sagte dazu: „Die Polizei verhört Gewerkschaftsmitglieder über die Ausübung ganz normaler Gewerkschaftsaktivitäten. Damit unternimmt sie ungerechtfertigten Versuche, eine Gewerkschaft mit steigenden Mitgliederzahlen zu schwächen.“

Quelle: <http://www.bwint.org>, 26.9.2016

USA: Der erste Mindestlohn-Kongress setzt Zeichen

Nicht weniger als 64 Millionen Menschen verdienen in den USA weniger als 15 Dollar die Stunde – etwa rund 52 Prozent der afroamerikanischen Beschäftigten und knapp über 60% der aus Lateinamerika stammenden Beschäftigten. Die in letzter Zeit erzielten Erfolge der Bewegung stoßen jetzt in einigen Bundesstaaten auf den Widerstand der Landesparlamente: In Alabama und Missouri soll den Kommunen per Gesetz verboten werden, eigene Mindestlöhne zu bestimmen – eine Reaktion darauf, dass die Bewegung genau dort Erfolge erzielt hat. Am 12. und 13. August fand der erste landesweite Kongress der „Fight for 15 Dollar“ Kampagne in Richmond, Bundesstaat Virginia statt. Die Kampagne, vor vier Jahren als Bewegung vor allem von Fast Food-Beschäftigten in New York geboren, mobilisiert (und organisiert zunehmend erfolgreicher) inzwischen Beschäftigte nicht nur aus allen Bundesstaaten, sondern auch aus allen Wirtschaftszweigen. Dass unter den 64 Millionen Beschäftigten der USA, die weniger als 15 Dollar/Stunde verdienen, besonders viele Afroamerikaner und Latinos sind, ist zu einem Thema geworden, das auch Bündnisse zu Bürgerrechtsbewegungen und kritischen kirchlichen Kreisen wesentlich erleichtert. Und so waren es auch keinesfalls nur historische Gründe, die für die Wahl von Richmond als Konferenzort sprachen – die einstige Hauptstadt der Konföderierten Staaten war auch als symbolisches Sprungbrett der Bewegung in die Südstaaten gedacht.

Quelle: <http://inthesetimes.com>

Welt-Aids-Tag

2015 findet der Welt-Aids-Tag zum 28. Mal statt. Seit 1988 wird er jährlich am 1. Dezember begangen. Mit zahlreichen spannenden Aktionen erinnern Regierungen, Organisationen und Vereine weltweit an diesen Tag an HIV und Aids, und rufen dazu auf, aktiv zu werden und Solidarität mit den von HIV betroffenen Menschen zu zeigen. Das Spektrum reicht von Informationsständen in der Innenstadt über Podiumsdiskussionen bis hin zu Spendengalas mit großem Promi-Engagement. Der Welt-Aids-Tag dient auch dazu, Verantwortliche in Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft – weltweit wie auch in Europa und Deutschland – daran zu erinnern, dass das HI-Virus noch längst nicht besiegt ist. Auch, damit überall die notwendigen Mittel bereitgestellt werden und sich Vorbeugung, Aufklärung, Behandlung und Hilfe für die Betroffenen an ihren Lebensrealitäten orientieren können.

Daten & Fakten zu HIV/Aids weltweit

- Weltweit leben etwa 35 Millionen Menschen mit HIV
- Pro Jahr kommt es zu ca. 2,1 Millionen Neuinfektionen, davon etwa 240 000 bei Kindern
- Nur 37 Prozent der Betroffenen haben bislang Zugang zu den lebensnotwendigen Medikamenten
- Seit Anfang der 80er Jahre bis 2013 haben sich etwa 78 Millionen Menschen mit HIV infiziert; 39 Millionen Menschen sind bereits an den Folgen gestorben
- Mit fast 70% aller HIV-Neuinfektionen ist Afrika südlich der Sahara am stärksten betroffen
- Besonders in Ost-Europa und Zentralasien ist die Zahl der Neuinfektionen deutlich gestiegen, 2013 allein um 110 000
- In Deutschland leben heute rund 80 000 Menschen mit HIV
- Etwa 30 000 Menschen sind bisher in Deutschland an den Folgen von Aids gestorben.

www.welt-aids-tag.de/welt-aids-tag/

Amnesty und PRO ASYL kritisieren verantwortungslose EU-Flüchtlingspolitik

BERLIN. Amnesty International und Pro Asyl warnen die Europäische Union vor einer Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik mit Staaten wie Ägypten oder dem Sudan, die Menschenrechtsverletzungen begehen. Außerdem kritisieren die beiden Organisationen die EU-Kommission für ihre geplanten Verschärfungen des Dublin-Verfahrens. Anlässlich des bundesweiten Flüchtlingstages am 30. September sagt Wiebke Judith, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty International in Deutschland: „Die EU-Kommission versucht, ihre Verantwortung für Flüchtlinge immer weiter vor die Grenzen Europas auszulagern. Dabei schreckt sie auch nicht davor zurück, mit Regierungen zu kooperieren, die

selbst massive Menschenrechtsverletzungen begehen und damit Menschen zur Flucht zwingen.“

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl, kritisiert: „Es ist scheinheilig, wenn EU-Politiker Menschenrechte in Europa beschwören und gleichzeitig den Ausverkauf der Menschenrechte in Europa vorantreiben. Vereinbarungen mit Staaten wie Ägypten oder dem Sudan sind menschenrechtlich nicht haltbar, durch sie soll zum Beispiel die Flucht aus Eritrea über den Sudan verhindert werden.“

Die sudanesishe Regierung hat in diesem Jahr mindestens 30 Mal Chemiewaffen wie Senfgas gegen die eigene Bevölkerung in Darfur eingesetzt, wie ein aktueller Amnesty-Bericht dokumentiert. Ägypten erlebt gerade eine der schwersten Menschenrechtskrisen in der Geschichte des Landes. Staatliche Sicherheitsdienste nehmen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung seit etwa 18 Monaten willkürlich politische Aktivistinnen und Aktivisten und Demonstrantinnen und Demonstranten fest, pro Tag werden nach Angaben lokaler Nichtregierungsorganisationen durchschnittlich drei bis vier Menschen verschleppt.

www.amnesty.de/

Auf 7 Demonstrationen: 320 000 fordern Aus für CETA und TTIP

BERLIN. Mehr als 320 000 Menschen haben am 17.9. bundesweit gegen CETA und TTIP demonstriert. Wenige Tage vor der EU-Handelsministerkonferenz am 23. September in Bratislava trugen die Bürgerinnen und Bürger ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA in sieben deutschen Städten auf die Straße. In Berlin demonstrierten 70 000 Menschen, in Hamburg waren es 65 000, in Köln 55 000, in Frankfurt am Main 50 000, in Leipzig 15 000, in Stuttgart 40 000 und in München 25 000. „Heute haben 320 000 noch einmal bekräftigt: Die Bundesregierung muss endlich die Notbremse ziehen und das Nein der Bürgerinnen und Bürgerinnen zu CETA und TTIP respektieren“, erklärten die Organisatoren. „Beide Abkommen schaffen eine konzernfreundliche Paralleljustiz, beide sind eine Gefahr für die Demokratie, für Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge, beide müssen gestoppt werden. CETA bedeutet TTIP durch die Hintertür. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das.“ Das Bündnis fordert, die Verhandlungen zu TTIP offiziell zu beenden und CETA weder zu ratifizieren, noch anzuwenden. Das Abkommen mit Kanada dürfe in keinem Fall vorläufig angewendet werden, bevor die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben.

ttip-demo.de/home/

3. Oktober 2016 in Kalkar+Essen:

KALKAR, ESSEN. Bei bestem Wetter demonstrierten ca. 400 FriedensaktivistInnen in Kalkar gegen die dortigen Bundeswehr- und Nato-Kommandozentralen. Vor der Von-Seydlitz-Kaserne legten sie einen Kranz für die Opfer der Drohnen- und Bombenangriffe nieder. Anschließend ging es nach Essen, wo in der folgenden Woche eine Nato-Tagung des Joint Air Power Competence Center aus Kalkar stattfindet. Auch dort versammelten sich ca. 700 TeilnehmerInnen, die verschiedenen Reden und abwechslungsreichen Kulturbeiträgen lauschten. demo-kalkar.de/

Veranstalter zufrieden mit Demonstration „Die Waffen nieder!“

BERLIN. Nach Abschluss der erfolgreich und friedlich verlaufenden von 8 000 Menschen bundesweit besuchten Friedensdemonstration „Die Waffen nieder!“ am 8. Oktober durch die Mitte Berlins wenden sich die Veranstalterinnen und Veranstalter an die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. Sie tragen ihnen drei zentrale Forderungen vor, die sie aus den Beiträgen auf der Demonstration resümieren: Die bislang vorliegenden Pläne für die Verteidigungsausgaben des kommenden Haushaltsjahres summieren sich auf die enorme Summe von 40 Milliarden Euro. Das würde einen Anteil von 1,2% am BIP bedeuten. Das von der Nato vorgegebene und für die Zukunft anvisierte Ziel liegt sogar bei 2%. Die Friedensbewegung fordert: Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, muss es eine drastische Reduzierung der Verteidigungsausgaben und eine Umverteilung auf soziale und ökologische Belange geben. Deutschland ist direkt oder durch logistische Hilfestellungen an vielen aktuellen Kriegsschauplätzen beteiligt. Dazu gehören z.B. Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali und der Krieg in der Ukraine. Diese Kriegseinsätze bringen Tod und Verderben über die Menschen, sie lösen nicht Konflikte, sondern vertiefen sie. Die Friedensbewegung fordert das Ende der Beteiligung der Bundeswehr an allen Kriegseinsätzen und den sofortigen Stopp deutscher Waffenexporte, die Konflikte anheizen.

Die Veranstalter der Demonstration „Die Waffen nieder!“ vom 8.10.-. 2016, www.friedensdemo.org

Proteste gegen Bundesteilhabegesetz: Paritätischer fordert Überarbeitung des Gesetzentwurfes

BERLIN. Vor Leistungskürzungen und Verschlechterungen für viele Menschen mit Behinderung warnt der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich der anstehenden Beratung von Bundes-

teilhabegesetz (BTHG) und Pflegegestärkungsgesetz III (PSG) in Bundestag und Bundesrat. Das geplante BTHG entspreche nicht der UN-Behindertenrechtskonvention und zielen vor allem auf Kostensenkung, kritisiert der Paritätische, der über 80 bundesweite Organisationen der Behindertenhilfe und der Gesundheitsselbsthilfe vertritt. Unter dem Motto „Das Bundes- teilhabegesetz – SO NICHT!“ finden heute bundesweit Protestaktionen statt. „Geplante Verbesserungen zielen fast ausschließlich auf die Teilhabe am Erwerbsleben und kommen damit auch nur erwerbstätigen Menschen mit Behinderung zu Gute. Gerade für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf drohen dagegen echte Verschlechterungen. Wer noch erwerbstätig sein kann, wird gefördert, viele andere drohen künftig von Teilhabeleistungen ausgeschlossen und in die Pflege verschoben zu werden“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Kosteneinsparungen und die Verwertbarkeit von Arbeitsleistung stehen im Vordergrund, nicht aber die Selbstbestimmung und Bürgerrechte von Menschen mit Behinderung. Hier soll offenbar in erster Linie ein Kostenbegrenzungsgesetz und weniger ein Inklusionsgesetz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Weg gebracht werden.“ In verschiedenen Städten ruft der Paritätische heute gemeinsam mit anderen Organisationen und Betroffeneninitiativen zu Protestaktionen auf. So werden beispielsweise in Kiel heute die Landtagsabgeordneten mit „Kröten“ vor dem Landtag empfangen, der Paritätische NRW wird dem BTHG die „Rote Karte“ zeigen und der Paritätische Sachsen lädt für 15 Uhr mit Partnern zur kreativen Protestaktion auf dem Dresdner Theaterplatz ein. Allein in Hannover werden zu einer Kundgebung um 13 Uhr am Opernplatz über 2000 Menschen erwartet.

www.der-paritaetische.de

Neue Kinderkollektion von H&M – eine fragwürdige Kooperation des WWF

BIELEFELD. Am 29. September haben H&M und WWF eine neue Kinderkollektion vorgestellt, die auf eine umweltfreundlichere Textilindustrie abzielt. Mit ihrer Zusammenarbeit versuchen H&M und WWF Probleme wie Wasserverschmutzung und Recycling Management zu verbessern. Die Hauptprobleme der „fast fashion“ werden von ihnen aber nicht gelöst. H&M verfolgt nach wie vor ein Geschäftskonzept, das auf hohe Verkaufszahlen, schnelles Wachstum und Massenkonsum aufbaut und das einfach nicht nachhaltig ist. Die Kampagne für Saubere Kleidung befürchtet, dass das Unternehmen die Partnerschaft mit dem WWF als reine Marketing-Strategie nutzt, die wenig Veränderungen bringt und Konsument_innen sogar in die Irre führen kann. Die Zusammenarbeit mit dem WWF muss auch im Rahmen von etlichen anderen Partnerschaften und Nachhaltigkeitsversprechen gesehen werden, die H&M in den letzten Jahren eingegangen ist, um sich als „nachhaltiges“ Unternehmen zu präsentieren. H&M arbeitet akribisch daran, sich als verantwortungsbewusstes Unternehmen dazustellen, ohne dabei seine Geschäftspraktiken grundlegend zu verändern. Das Unternehmen profitiert von billig produzierter Mode und dauernd steigenden Verkaufszahlen mit hoher Gewinnspanne – zu Lasten der Arbeiter_innen in seiner Lieferkette. 2013 stellte H&M seine „Roadmap zu einem Fair Living Wage“ (Leitplan zu einem Lohn zum Leben) vor, der vorsieht, dass bis 2018 allen Arbeiter_innen bei Hauptzulieferern ein fairer Lohn zum Leben bezahlt wird. Dieses Vorhaben wurde anfänglich von der Zivilgesellschaft zwar gelobt, doch bisher hat die Roadmap keinen Richtwert zu einem fairen Lohn zum Leben veröffentlicht. Auch H&Ms Nachhaltigkeitsbericht aus dem Jahr 2015 enthielt hierzu keinerlei Angaben. Außerdem stellte der vor kurzem veröffentlichte Bericht „When best is far from good enough“ fest, dass die Arbeitsbedingungen auch bei H&Ms Hauptzulieferern in Kambodscha schlecht sind. In keiner der untersuchten Fabriken hält H&M die eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinien ein, weder in Bezug auf Arbeitsverträge noch in Bezug auf die Vereinigungsfreiheit und in keiner der Fabriken wird Arbeiter_innen ein Lohn zum Leben bezahlt. www.saubere-kleidung.de/

AKW-Betreiber tricksen bei Brennelementesteuer

HAMBURG. Durch Verschiebung von Brennstoffwechsel in den Reaktoren kommt es zu großen Steuerausfällen / Brennelementesteuer muss verlängert werden! Finanzminister Schäuble rechnet für das Jahr 2016 mit 1 Milliarde Euro Einnahmen aus der Brennelementesteuer – eine Luftnummer! Denn die AKW-Betreiber nutzen das geplante Auslaufen der Steuer mit Ende des Jahres aus: Sie wollen erst nach dem Jahreswechsel neuen Atombrennstoff „nachtanken“ – wenn die Steuer weggefallen ist. Die Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland drücken sich um die 2016 noch anfallende Brennelementesteuer. Durch einen aufwändigen Trick sorgen sie

für Steuerausfälle von etwa 700 Millionen Euro. Eon, RWE und EnBW verschieben den eigentlich im Sommer üblichen Wechsel der Brennelemente in den Reaktoren auf die Tage nach dem Jahreswechsel. Da die Brennelementesteuer nach derzeitiger Gesetzeslage am 31. Dezember ausläuft und da die Steuer beim Einsetzen frischen Brennstoffs fällig wird, werden damit beträchtliche Summen am Finanzamt vorbei geschleust. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erwartet laut Steuerschätzung im Jahr 2016 Einnahmen von einer Milliarde Euro durch die Brennelementesteuer. Eingenommen hat er bisher 266 Millionen. Und da sieben der acht laufenden Atomkraftwerke ihre Jahresrevision schon hinter sich haben, kommt da auch nicht mehr viel dazu. Dazu erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Die Stromkonzerne haben ein Steuerschlupfloch entdeckt und nutzen es zum Schaden der Allgemeinheit. So war das vom Gesetzgeber nicht gedacht. Bundesregierung und Bundestag müssen schnell reagieren und die auslaufende Brennelementesteuer über den Jahreswechsel hinausverlängern. Dann geht der Plan der Atomwirtschaft nicht auf.“ Der Trick der AKW-Betreiber: Normalerweise wird bei der jährlichen Revision eines AKW etwa ein Viertel der Brennelemente im Reaktorkern durch neue ersetzt. Beim Einsetzen wird für die Betreiber dann die Steuer in Höhe von 145 Euro pro Gramm Brennstoff fällig. Dieses Jahr jedoch wurden bei den bisherigen Revisionen wesentlich weniger Brennelemente ausgetauscht als üblich. Stattdessen gruppieren die Betreiber bereits länger eingesetzte Brennelemente um, frische (für die die Steuer anfällt) setzen sie nur so viele wie unbedingt nötig ein, um gerade so über den Jahreswechsel zu kommen. Die Stromkonzerne setzen darauf, kurz nach Auslaufen der Brennelementesteuer ihre Kraftwerke runterzufahren um ordentlich „aufzutanken“. Im Winter und Frühjahr 2017 sind in allen deutschen Reaktoren Abschaltungen geplant, oft sogar über den Jahreswechsel oder kurz danach. Ein vollkommen unüblicher Vorgang, der direkt auf das Auslaufen der Brennelementesteuer zurückzuführen ist.

www.ausgestrahlt.de/



Wohnungsbaupolitische Offensive der Linken Mannheim für bezahlbares Wohnen

Mit einem weiteren Antrag zum preiswerten Wohnen (A255/2016) hat die Linke im Mannheimer Gemeinderat nun einen Vorschlag gemacht, der geeignet ist, ganz realistisch die Mietpreise in Neubau- oder sanierten Altbauwohnungen zu senken. Die Linke geht davon aus, dass die galoppierende Entwicklung der Bodenpreise das Haupthindernis für eine preisgünstige Wohnraumversorgung ist. Es muss deshalb versucht werden, die Mieten weitgehend von den Bodenpreisen abzukoppeln.

Der Ansatzpunkt hierfür ist die Zurverfügungstellung von kommunalen Grundstücken für Wohnungsbau im Rahmen von Erbbaurechten („Erbpacht“). Die Linke fordert die Stadt auf, sozialen Baurträgern, die nicht Teil des spekulativen Wohnungsmarktes sind, Erbbaurechte zu erteilen, also z.B. den alten großen wie auch neu zu gründenden kleinen Wohnungsbaugenossenschaften, Wohngruppen im Rahmen des Mietshäusersyndikats oder auch der GBG. Voraussetzung wäre ein niedriger Erbbauzins zwischen 0% und 1% und ein Verzicht auf Gleitklauseln (Anpassung des Basiswertes nach oben, wenn die Bodenpreise weiter in die Höhe gehen). Der Vorteil wäre, dass die jeweiligen Bauräger für ihre Projekte nicht den Grundstückspreis über Bankdarlehen aufbringen und innerhalb von 25 bis 30 Jahren tilgen (und entsprechend auf die Miete umlegen) müssen. Für Baugruppen, zu denen sich „Normalverdienende“ oder

auch Menschen mit geringem Einkommen zusammenschließen, entfielen die Aufgabe, für den Erwerb des Grundstücks etwa 25% des Kaufpreises als Eigenkapital nachweisen zu müssen. Die Aufbringung des Eigenkapitals für die reinen Baukosten ist schon schwierig genug. Bei einem Erbbauzins von 1% wäre erst nach den berühmten 99 Jahren der Bodenpreis gezahlt.

Voraussetzung wäre der Wille einer Mehrheit des Gemeinderats, die seit 1988 bestehende Festsetzung des Erbbauzinses auf 4% für die genannte Zielgruppe und das definierte Ziel der Herstellung bezahlbaren Wohnraums außer Kraft zu setzen. Da aber weit und breit nicht in Sicht ist, wie das Angebot an preisgünstigen Wohnungen sonst gefördert werden kann, darf man auf die gemeinderätliche Diskussion gespannt sein. Das Warten auf eine effiziente Landesförderung gleicht dem „Warten auf Godot“. Das einzige nennenswerte Angebot der L-Bank besteht darin, bestehende freie Wohnungen gegen eine Förderung von 461 bis 638 Euro je m² Wohnfläche über 15 bzw. 25 Jahre mit Mietpreis- und Belegungsbindung (B-Schein) auszustatten bei einem 33% unter Mietspiegel liegenden Mietpreis. Das ist jedoch keine Neubauförderung. Außerdem sind „Sozialwohnungen“ mit Mietpreisbindung auch immer nur die 15 oder 25 Jahre gesichert. Ein Erbbaurecht kann auf 99 Jahre abgeschlossen werden.

Die Linke erwartet von der Stadt,

dass sie z.B. auf den Konversionsflächen ihrer Tochter MWSP Flächen für den genannten Zweck abkauft, dass also die MWSP nicht nur an profitorientierte Investoren verkauft. Auch andere Baugrundstücke landen immer wieder auf dem Immobilienmarkt, die die Stadt erwerben könnte. Ferner verfügt die Stadt selber über Baugrundstücke, die sie – wenn die Grundstücke für bezahlbaren Wohnungsbau geeignet sind – eben nicht an Investoren verkaufen, sondern über das Erbbaurecht direkt nicht gewinnorientierten Baurägern zur Verfügung stellen soll.

Für die Stadt heißt das entweder: Geld auf den Tisch zu legen für den Erwerb solcher Grundstücke oder bewusst auf die immer sehr willkommenen Einnahmen aus dem Verkauf eigener Grundstücke zu verzichten. Im einen Fall wäre es eine Investition in sozial nutzbare Baugrundstücke (und damit auch der Zugewinn an Vermögen in Form von Grundstücken), im anderen Fall wären zumindest keine zusätzlichen Geldausgaben erforderlich. Die Linke ist der Meinung, dass für den Anfang ein mit 20 Millionen Euro ausgestattetes Sonderprogramm „Sozialgerechte Bodennutzung Mannheim“ durch stark zinsverminderte Erbbaurechte finanzierbar ist. Denn schließlich hat die Stadt im Jahr 2016 einen um 45 Millionen Euro über Plan liegenden Jahresabschluss zu erwarten. Da kann es keine Ausrede geben!

Thomas Trüper

Jedes Jahr findet im September der Park(ing) Day statt. Weltweit besetzen Aktivisten Parkplätze in Großstädten um damit auf die Notwendigkeit von mehr städtischen Freiflächen aufmerksam zu machen und eine kritische Debatte anzuregen, wie öffentlicher Raum genutzt und die Qualität städtischen Lebensraums verbessert werden kann. Auch in der Mannheimer Innenstadt wurden am vergangenen Freitag für einige Stunden an zwei Standorten mehrere PKW-Stellplätze, z.B. vor Q 2, 20-21, in einen „Park“ verwandelt und mit Musik vom Plattenspieler sowie selbst gemachter Limonade eine alternative Nutzung geschaffen. Bei der Aktion ging es auch darum zu zeigen, welche enorme Flächen die Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr in unseren Städten einnehmen und dass diese auch anders bzw. besser genutzt werden könnten.

Alex, Kommunalinfo Mannheim



Rat beschließt Ausbauperspektiven für Essen

Essen diskutiert zurzeit über einen neuen Nahverkehrsplan, der ab 2020 die Grundlage für die Direktvergabe von Aufträgen an die kommunale Verkehrsgesellschaft EVAG sein soll. Auf Grundlage eines Verkehrsgutachtens mit Vorschlägen zu den drei Varianten „A – Konzentration“, „B – Kontinuität“ (die einen leichten Ausbau des ÖPNV vorsieht) und „C – Kapazitätsausbau“ hat der Rat in seiner letzten Sitzung am 28.9.2016 nun wichtige Weichenstellungen entschieden.

Nach dem mit recht großer Mehrheit beschlossenen Antrag der großen Koalition von SPD und CDU soll der Nahverkehrsplan auf Grundlage der Variante B erarbeitet werden, die Ausbau-Variante C soll jedoch „als strategisches Ziel ... als Option offen gehalten werden. Hierzu sollen ... im Rahmen der Direktvergabe der Verkehrsleistung ... Parameter für Leistungsanpassungen berücksichtigt werden, falls die finanzielle Situation der Stadt es zukünftig zulassen sollte“. Ein Antrag der Ratsfraktion Die Linke für die Ausbauvariante wurde zwar abgelehnt, der Beschluss lässt jedoch Perspektiven in dieser Richtung offen. Das ist erfreulich, auch wenn SPD und CDU letztlich den Konflikt mit der Bezirksregierung gescheut haben. Die Stadt Essen, die 2017 das erste Mal seit mehr als zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird, steht als NRW-Stärkungspaktkommune

nämlich unter besonderer Haushaltsaufsicht.

Möglich war diese Entscheidung in der „Autofahrerstadt“ Essen durch eine mehrjährige breite Diskussion, die bis in die Verwaltungsspitze geführt wurde. Der ÖPNV ist im ganzen Ruhrgebiet für ein Ballungsgebiet mit über fünf Millionen Einwohner/innen stark unterentwickelt, was auch mehrere Untersuchungen der letzten Jahre deutlich gemacht haben. Hinzu kommt, dass Essen für 2017 von der EU den Zuschlag als „Grüne Hauptstadt Europas“ erhalten hat. Die von der parteilosen, grünen-nahen Umwelt- und Baudezernentin Simone Raskop initiierte Bewerbung umfasste den Ausbau des Anteils des öffentlichen Nahverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen als ein wichtiges Ziel.

Ironischer Weise fiel ausgerechnet der Antrag der Grünen im Rat hinter den letztlich gefassten Beschluss zurück. Die Grünen hatten anscheinend so viel Angst vor der eigenen Courage, dass sie sich in ihrem Antrag für die Variante B aussprachen und ansonsten konkrete Ausbaupunkte wie den Abend- und Wochenendverkehr aus dem Antrag der Ratsfraktion Die Linke übernommen hatten.

Im Folgenden dokumentieren wir einen Artikel aus der Zeitung von Kreisverband und Ratsfraktion Die Linke, der kurz vor der Entscheidung im Rat geschrieben wurde. *Wolfgang Freye*

Nahverkehr ausbauen statt kaputtkürzen – Acht Millionen Euro mehr müssen „drin sein“!

In der Ratssitzung Ende September wird über die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) entschieden. Das Angebot von Bussen und Bahnen wird alle paar Jahre in einem Nahverkehrsplan festgelegt, eine Art „politischer Bestellzettel“ der Stadt für die EVAG. Zur Entscheidung steht, ob der Nahverkehr ausgebaut, im gleichen Umfang wie zurzeit aufrechterhalten oder zusammengestrichen wird. Die drei Varianten haben Verkehrsexperten in den letzten Monaten in einem Gutachten untersucht und Vorschläge entwickelt.

Nahverkehr für Arme?

Letztlich geht es ums Geld. Rund 65 Millionen Euro jährlich erhält die Essener Verkehrs AG von der Stadt als Zuschuss für den Betrieb. Anders als die Fahrpreise, die regelmäßig erhöht werden, ist dieser Zuschuss seit Jahren gleich. Trotzdem will Stadtkämmerer Klieve (CDU) die Zuschüsse kürzen, um das Haushaltsdefizit zu verringern.

Aus diesem Grund hat das Gutachten als Variante A mit dem schamhaften

Namen „Konzentration“ untersucht, was passiert, wenn man die Leistungen des ÖPNV auf ein Mindestmaß reduziert. Und das heißt: Kürzung auf das allernotwendigste Angebot für diejenigen, die aus finanziellen Gründen kein Auto haben und auf den ÖPNV angewiesen sind – ein „Nahverkehr für Arme“. Sie müssten noch geringere Taktzeiten, weniger Buslinien und eine schlechtere Qualität hinnehmen. Dies führte aber auch zu Fahrgastverlusten und damit zu erheblichen Einnahmeausfällen. Unter dem Strich könnte die Stadt nicht mehr als 3,5 Millionen Euro jährlich kürzen, ganze fünf Prozent des Zuschusses.

Auf der anderen Seite würden die umweltpolitischen Ziele, die die Stadt zuletzt in der Bewerbung zur „Grünen Hauptstadt“ formuliert hat, verfehlt. Danach soll der ÖPNV 2020 einen Anteil von 21 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen erreichen. Würde der Nahverkehr gekürzt, würde dieser Anteil von heute 19,6 Prozent auf 18,4 Prozent sinken. Weil dies blamabel wäre,

hat sich auch die große Koalition von CDU und SPD dagegen ausgesprochen. Fast-Stillstand oder Ausbau?

Auch die Variante B „Kontinuität“ sieht einen geringfügigen Ausbau des ÖPNV in Essen vor. So sollen die Taktzeiten der oft übervollen Straßenbahnen in Nord-Süd-Richtung verdichtet werden. Mit der neuen Linienführung von Steele oberirdisch am Hauptbahnhof vorbei in den Essener Westen („Bahnhofstangente“) würde auch erheblich investiert werden. Der Spurbus nach Kray als Hauptverbindung in den Osten soll tagsüber im Fünf-Minuten-Takt fahren. Gleichzeitig sollen Buslinien gestrichen oder ausgedünnt werden, wobei insbesondere die Einstellung der Linie 166 zwischen Kray und dem Essener Osten und der Linie 193 zum Versorgungsamt an der Seumannstrasse problematisch sind – für Schwerbehinderte müssten Alternativen geschaffen werden.

Eine nennenswerte Verbesserung des Anteils der Fahrten mit dem ÖPNV am Verkehrsaufkommen und das Erreichen der klimapolitischen Ziele ist nur mit Variante C, dem „Kapazitätsausbau“, zu erreichen. Hier wird nicht nur die „Bahnhofstangente“ gebaut, sondern das Angebot insgesamt verbessert. Dadurch würde der Anteil des ÖPNV am Verkehrsaufkommen auf 21,6 Prozent steigen. – Die Linke hat sich festgelegt: Sie will den Ausbau des Angebots, weil die Verkehrsprobleme der Stadt sonst nicht zu bewältigen sind. Wer die Staus auf den Straßen beklagt und die gesundheitsschädlichen Belastungen mit Feinstaub, Stickoxiden und Lärm verringern will, muss für Alternativen eintreten.

Die Bevölkerung einbeziehen

Die Haushaltsplanung lässt durchaus Spielraum für den Ausbau des ÖPNV. Insgesamt würde die Variante B eine geringfügige Erhöhung der Zuschüsse um 1,3 Millionen Euro jährlich erfordern, die Variante C um 9,5 Millionen Euro. Für die Differenz von 8,2 Millionen Euro müsste der Kämmerer kreativ werden, das sollte möglich sein.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein wachsendes Interesse am öffentlichen Nahverkehr. Sie beklagen vor allem die mangelnden Taktzeiten an Sonn- und Feiertagen und an Werktagen vor 6 Uhr und nach 20 Uhr, die mit einer Großstadt nichts zu tun haben. Viele würden die EVAG gerne stärker nutzen, gäbe es denn das Angebot. Die Linke fordert, die Bevölkerung in die weiteren Planungen einzubeziehen.

Wolfgang Freye vertritt Die Linke im Planungsausschuss der Stadt Essen

Arme Kinder ertrinken: Linke fordert besseres Schulschwimmen. HAMBURG. Fast die Hälfte der Schüler_innen in Hamburg kann auch nach Absolvieren des obligatorischen Schulschwimmunterrichts nicht oder nur unzureichend schwimmen. Dieser Durchschnittswert verteilt sich höchst ungleich: In finanziell besser gestellten Stadtteilen können nur 2,1 Prozent der Schulkinder nicht schwimmen, in schlechter gestellten 42 Prozent. Deshalb fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag zur nächsten Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft eine Überarbeitung des Schulschwimmkonzepts. „In einer Hafenstadt mit so viel Wasser wäre es allemal mehr als fahrlässig, die miserablen Ergebnisse zu ignorieren und auf ein ‚Weiter so‘ zu vertrauen“, erklärt dazu Sabine Boeddinghaus, schulpolitische Sprecherin der Fraktion. „Über 45 Prozent der Schüler_innen erreichen im Schulschwimmunterricht das angepeilte Schwimmleistungsniveau Bronze nicht. Da muss jetzt ganz schnell etwas passieren!“ Um die Schwimmfähigkeit aller Kinder in Hamburg zu verbessern, fordert Die Linke konkret, das DJSA-Bronze-Niveau für alle Schüler_innen als verpflichtendes Ziel des Schulschwimmens zu setzen und an allen allgemeinen Schulstandorten die aktuell nur einstündige Wasserzeit an die realen Bedarfe zur Erlangung der Schwimmfähigkeit anzupassen. www.die-linke-hamburg.de

Geflüchtete und sozial Benachteiligte: Besserer Zugang zu Bildung. KÖLN. Der Anstieg von Geflüchteten in unseren Bildungseinrichtungen macht es nötig, dort mehr neue und passgenaue Angebote bereitzustellen, die aber auch sozial benachteiligten Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund zu Gute kommen. Er ist die einmalige Chance, unsere Bildungseinrichtungen qualitativ auszubauen und sie bereit für die Bewältigung zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen zu machen. Doch auf dem Weg dahin gibt es noch viele Baustellen. Der Schlüssel zu ihnen liegt allerdings bei der Landesregierung. Die Stadt ist in Bildungsfragen mit nur wenigen Kompetenzen ausgestattet. Damit endlich Bewegung in die unbefriedigende Situation kommt, stellte Die Linke zusammen mit den Piraten einen Antrag zur nächsten Ratssitzung. Demnach soll der Rat an die Landesregierung appellieren, an fünf Stellschrauben zu drehen. 1. Das Land soll das Schulgesetz ändern, damit alle geflüchteten Kinder und Jugendliche sofort nach der Ankunft eine öffentliche Schule besuchen können, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Bis jetzt ist eine Zuweisung die Voraussetzung für einen Schulbesuch. Und die lässt oft Monate auf sich warten. 2. Auch junge Erwachsene sollen einen

Schulabschluss und eine Ausbildung machen dürfen. Dazu ist es notwendig, die Berufskollegs für Schüler_innen bis zum Alter von mindestens 21 Jahren zu öffnen, in notwendigen Fällen bis 25 Jahren. Diese Öffnung gilt für geflüchtete sowie für durch ihre soziale Herkunft benachteiligte junge Erwachsene ohne Schulabschluss. Dafür werden zum kommenden Schuljahr mindestens 5000 zusätzliche Plätze gebraucht. 3. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Weiterbildungskollegs muss dahingehend geändert werden, dass geflüchteten und anderen Jugendlichen nicht durch den fehlenden Berufstätigkeitsnachweis die Möglichkeit verwehrt wird, an der Tages- und Abendschule Köln (TAS) einen Schulabschluss nachzuholen. 4. Die Volkshochschulen sind aus Landesmitteln soweit zu unterstützen, dass die Honorare zwischen Integrationskursen und den übrigen VHS-Kursen angeglichen werden können. Im Moment führt die aktuelle Erhöhung der Honorare in den Integrationskursen des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu immensen Unterschieden bei der Honorarhöhe zu anderen der Integration dienenden VHS-Kursen. Das darf nicht sein. 5. Außerdem werden deutlich mehr Lehrer_innen (darunter solche mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“, DaZ), Sozialarbeiter_innen und Schulpsycholog_innen gebraucht, um an allen Schulen multiprofessionelle Teams sowie eine spürbar bessere Versorgung mit den genannten Berufen zu ermöglichen.

www.linksfraktion-koeln.de

Leiharbeit in Kieler Eigenbetrieben abschaffen! KIEL. Die Linke hat sich dem Kampf gegen Leiharbeit verschrieben und fordert in letzter Konsequenz sogar deren generelle Abschaffung. Ein kleiner Schritt dazu ist es, den Einsatz von Leiharbeitern durch die öffentliche Hand, in Kiel z.B. die Eigenbetriebe der Stadt, zu beenden. „Leiharbeit bedeutet ständige Lebensunsicherheit. Die Stadt Kiel sollte sich an solchen arbeitsmarktpolitischen Grausamkeiten nicht beteiligen, sondern mit gutem Beispiel vorangehen und gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Sicherheit für ihre Beschäftigten bieten“, stellt Marco Höne, beratendes Mitglied des Wirtschaftsausschusses, grundsätzlich klar. Anfragen der Linken förderten zu Tage, dass beim Abfallwirtschaftsbetrieb Zeitarbeiter*innen eingesetzt werden, um Arbeitsspitzen aufzufangen oder Krankenstände auszugleichen. In einer Antwort von Stadtrat Röttgers heißt es: „In den vergangenen vier Jahren wurden [...] in Fällen besonderer Personalengpässe durch extremen Winterdienstinsatz bzw. hohen Krankenstand in Urlaubszeiten bis zu neun Zeitarbeitskräfte kurzfristig beschäftigt.“ Für

Höne reicht diese Begründung nicht: „Personalengpass heißt, es gibt zu wenig Festanstellungen. Wintereinsätze und Urlaubszeiten sind keine höhere Gewalt, sondern regelmäßige Ereignisse, denen mit einer guten Personalplanung und nicht mit kurzfristigen Notfallmaßnahmen begegnet werden muss.“

www.linksfraktion-kiel.de

Quote für den Sozialen Wohnungsbau gebraucht – Mehrheiten wären da: ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt es, dass die Thelen-Gruppe nur wenige Monate nach dem Verkauf der Krupp-Grundstücke konkrete Pläne für ein neues Stadtquartier „Essen 51“ vorgestellt hat. Damit wird eine riesige innenstadtnahe Brachfläche weiterentwickelt und dringend benötigter Wohn- und Gewerberaum geschaffen, ohne dass Grünflächen geopfert werden müssen. „Wir hoffen, dass die Thelen-Gruppe im Krupp-Gürtel nicht nur teuren Luxuswohnraum schaffen will, sondern ein Mischgebiet“, so Wolfgang Freye, für Die Linke im Planungsausschuss. „Es sollte in jedem Fall ein Anteil von 30 % für den Sozialen Wohnungsbau vorgesehen werden, denn gerade bezahlbare Wohnungen werden dringend gebraucht. Außerdem sind sozial gemischte Quartiere ein wichtiges städteplanerisches Prinzip. Aus diesem Grunde drängen wir erneut darauf, dass endlich das Konzept der Verwaltung zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus verabschiedet wird. Die CDU blockiert es seit Monaten, die SPD lässt sich im Rahmen der großen Koalition ‚verhaften‘, obwohl andere Mehrheiten da wären. Das ist schlicht unmöglich!“ Vor einem Jahr hat Die Linke die Erarbeitung eines Konzeptes für den Sozialen Wohnungsbaus beantragt. Erst im Dezember wurde der Antrag behandelt, im Juni das Konzept vorgelegt. Seitdem liegt es auf Eis, weil die große Koalition sich nicht einig ist und auch FDP und EBB das Konzept nicht wirklich wollen. Das Konzept sieht bei neuen Bebauungsplänen für den Geschosswohnungsbau und bei der Vermarktung städtischer Flächen die Festschreibung einer Quote von mindestens 30% der Geschoßfläche für geförderten Wohnraum vor. Der Bedarf ist eindeutig da: Der Bestand an Sozialwohnungen nimmt in Essen besorgniserregend ab, während der Bedarf an Mietwohnungen spätestens seit 2011 deutlich steigt.

www.linksfraktion-essen.de

Ja zum Reformationsjubiläum, nein zur Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters: MAGDEBURG. Zweifellos ist das im kommenden Jahr anstehende 500jährige Reformationsjubiläum auch für Magdeburg ein kulturelles und historisches Ereignis von erstem Rang. Diesen Höhepunkt mit öffentlichen Veranstaltungen zu würdigen sowie städteigene Einrich-

tungen und Räumlichkeiten dafür zur Verfügung zu stellen, ist ausdrücklich zu unterstützen. Die vom Finanz- und Grundstücksausschuss am 28.9.2016 mehrheitlich gebilligte Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 300 000 Euro hält die Fraktion Die Linke/future! aber für unverhältnismäßig und für deutlich zu hoch. Wir sehen hier einen Verstoß gegen das im Kommunalverfassungsgesetz verankerte Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung öffentlicher Mittel. Wir lehnten und lehnen die Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters (DS0120/16) ab. Auffallend wenn nicht gar ‚scheinheilig‘ ist zudem, welche Kreativität hierbei die Verwaltung walten lässt, um die Auszahlungsmodalitäten doch noch sicherstellen zu können. Als es zu Beginn dieses Jahres bspw. um die Übernahme von 400 Euro für eine GWA-Veranstaltung zu Gunsten armer Menschen unserer LH MD ging, versagte dies sowohl die Verwaltung als auch eine Mehrheit des Stadtrates. In der für den 20. Oktober 2016 vorgesehenen abschließenden Beratung wird die Fraktion Die Linke im Stadtrat dafür werben, dass sich die Landeshauptstadt mit einem angemessenen Betrag am Reformationsjubiläum 2017 beteiligt.

www.dielinke-magdeburg.de

Anfrage: Wie kann die Landeshauptstadt die Situation der Flüchtlinge erleichtern?

MÜNCHEN. Stadtrat Cetin Oraner und Stadträtin Brigitte Wolf (beide Die Linke) schlagen angesichts des neuen Protestcamps von Flüchtlingen am Sendlinger Tor dem OB vor, über die Vertretungen im Bayerischen und Deutschen Städtetag angemessene Veränderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu bewirken. Außerdem solle die Stadt im Zusammenwirken mit der Regierung von Oberbayern eine angemessene, möglichst dezentrale Unterbringung der Geflüchteten realisieren. München ist die Stadt, die mit dem großartigen Umgang ihrer Bürger, der Verwaltung, der Polizei und anderen Einrichtungen mit den Tausenden Geflüchteten, die in der Stadt ankamen, weltweit Beachtung und Anerkennung fand. Diese Kultur des „refugees welcome“ sollte uns Verpflichtung im Alltag auch jenseits solcher Extremsituationen sein. Nun machen seit Anfang September eine Gruppe ebenso verzweifelter wie engagierter Geflüchteter auf einem kleinen Areal am Sendlingertorplatz auf ihre insgesamt unwürdige Situation aufmerksam. Sie weisen darauf hin, dass sie teilweise seit vielen Monaten in Lagern isoliert auf ihre Verfahren warten. Sie machen darauf aufmerksam, dass ihre Asylanträge teilweise aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt werden. All dies findet nun auch seinen gesetzlichen „Segen“ durch den Entwurf des „Bayerischen

Integrationsgesetzes“ und durch das vor der Sommerpause noch verabschiedete Bundes-Integrationsgesetz: durch beides wird in vielerlei Hinsicht die Situation für Geflüchtete immer unerträglicher, die Angst vor einer drohenden Abschiebung kommt oftmals hinzu. Um auf diese Situation, die den meisten Bürgern verborgen bleibt, öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen, und um aus ihrer so empfundenen Isolation herauszukommen, wurde von den Geflüchteten die Form eines Protestcamps gewählt. Es geht ihnen um einen gesicherten Status – Bleiberecht – sie möchten weg von der Fessel der „Residenzpflicht“. Wie können wir Münchner zeigen, dass wir Verständnis für diese Wünsche haben? Wir fragen daher den Oberbürgermeister: 1. Welche Möglichkeiten bestehen, um über die Vertretungen im Bayerischen und Deutschen Städtetag angemessene Veränderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht zu bewirken? 2. Wie kann die Stadt in ihrem Wirkungskreis in Zusammenarbeit mit der Regierung von Oberbayern eine vernünftige, möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten realisieren? 3. Wie kann die Stadt in ihrem Wirkungskreis – Ausländerbehörde/Kreisverwaltungsreferat – für ein humaneres Vorgehen bei „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ sorgen?

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Chancen beim Freihandelsabkommen CETA nutzen – Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge besser absichern.

BREMEN. Die deutschen Städte fordern den Bund und die EU auf, beim Freihandelsabkommen CETA sicherzustellen, dass die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung geschützt wird. Grundsätzlich unterstützen die Städte die Ziele von Freihandelsabkommen, Handelshemmnisse abzubauen, Investitionsbedingungen für Unternehmen zu verbessern sowie mittels vereinbarter Standards Auswirkungen der Globalisierung fairer zu gestalten. Diese Positionen verdeutlichte der Deutsche Städtetag in Bremen nach einer Sitzung des Präsidiums. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, sagte: „Die Städte begrüßen grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten ausgebaut werden soll. Denn dies kann auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands unterstützen. Der Deutsche Städtetag setzt sich allerdings seit langem dafür ein, dass die kommunale Daseinsvorsorge in Freihandelsabkommen explizit ausgenommen wird – darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie

alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass diese öffentlichen Dienstleistungen durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften gesteuert und kontrolliert werden. Das ist beim Handelsabkommen CETA derzeit noch nicht vollständig gesichert.“ Im Freihandelsabkommen CETA wird auf die von den Kommunen favorisierte Positivliste verzichtet. Durch eine Positivliste würden alle Aufgabenbereiche explizit benannt, die unter das Handelsabkommen fallen. Die öffentliche Daseinsvorsorge könnte damit komplett in einfacher Weise ausgenommen werden. Dagegen wird bei CETA eine Negativliste verwendet, es werden also Bereiche benannt, auf die das Abkommen nicht zutreffen soll. Genannt werden hier „public utilities“, was in der deutschen Sprachfassung mit „Öffentliche Versorgungsleistungen“ übersetzt wird. Damit wird ein Begriff gewählt, der weder im deutschen Vergabe- noch im Beihilferecht verwendet wird und somit Interpretationen zum Anwendungsbereich zulässt. Dies gilt auch für neue Dienstleistungen, egal ob digital oder analog erbracht. Daher reiche der allgemeine Schutzvorbehalt für öffentliche Versorgungsleistungen in Annex II des Abkommens nicht aus, erläuterte Maly: „Die Städte fordern, dass Schutzklauseln für die Daseinsvorsorge in einer Negativliste rechtlich eindeutig gefasst sein müssen, um als Ausnahme von den Liberalisierungsverpflichtungen zu gelten. Das müssen die Vertragsparteien noch verbindlich vereinbaren. Wir wollen das Risiko für ungewollte Privatisierung durch die Hintertür ausschließen sowie die Option der Kommunen für die Rekommunalisierung von öffentlichen Dienstleistungen umfassend absichern.“ Erfreulich sind die vorgesehenen Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen. Zum einen würde der kanadische Beschaffungsmarkt auch für deutsche, gerade mittelständische Unternehmen geöffnet. Zum anderen wird an den Festlegungen des europäischen und nationalen Vergaberechts nicht gerüttelt, die Regelungen zur Inhouse-Vergabe und zur interkommunalen Zusammenarbeit werden also nicht in Frage gestellt.

Der Deutsche Städtetag erkennt an, dass beim Thema Investitionsschutz durch die bisherigen Verhandlungen deutliche Verbesserungen erreicht wurden. Inzwischen ist vorgesehen, ein Investitionsgericht einzusetzen, das mit unabhängigen und qualifizierten Schiedsrichtern besetzt werden soll und eine Berufungsmöglichkeit bietet. Zudem sind die Möglichkeiten limitiert, sich an das Investitionsgericht zu wenden.

www.staedtetag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Maschinenbaukonferenz der IG Metall – Gabriel 4.0?

Mit ca. 220 Teilnehmer, überwiegend Betriebsrätinnen und Betriebsräte, fand am 29. und 30. September die zweite Maschinenbaukonferenz der IG Metall in Berlin statt. Sie begann nicht mit langen Vorträgen der „Großkopferten“, sondern nach der Begrüßung mit einem kurzen Input von drei Betriebsräten aus den Teilbranchen Antriebstechnik, Landtechnik und Fahrtreppen. Die Inputs richteten sich auch an den anwesenden Wirtschaftsminister Gabriel.

Für die Antriebstechnik sprach Ute Schurr, Betriebsratsvorsitzende von Voith Turbo. Sie sprach über den Schwerpunkt der Expansion nach China. Im Schienengeschäft ist Voith sehr stark in Europa und Russland. Sie forderte mit Blick auf Gabriel mehr Verlagerung auf die Schiene.

Für die Landtechnik sprach Gabriele Formann, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Fendt/Agco in Marktoberdorf. Sie sprach vom Wandel von Familienbetriebe hin zu internationalen Konzernen, die oft über Kostenreduzierung und Personalanpassung konkurrieren, statt über Innovationskraft. Mit Blick auf den steuerlichen Firmensitz in der Schweiz forderte sie, unter dem Applaus vieler Teilnehmer, eine gerechtere Besteuerung dort, wo die Wertschöpfung auch tatsächlich stattfindet. Zur aktuell sinkenden Auftragslage sprach sie auch den Wirtschaftsboykott gegen Russland an und dass die daraus entstehende Unsicherheit und Risiken, die vor allem die prekär Beschäftigten in der Branche zu tragen hätten. Sie forderte dazu auf, den Wettbewerb nicht über steigende Arbeitsbelastungen mit ihren psychischen Belastungen zu Lasten der Gesundheit auszutragen, sondern stattdessen Tariftreue einzuhalten. „Politik muß sich lösen von wirtschaftlichen Interessen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen“, gab sie dem Wirtschaftsminister mit auf den Weg.

Für Aufzüge und Fahrtreppen sprach ein Betriebsrat von Kone über Leistungsverdichtung, über ältere Kollegen und neue Techniken. Kone ist vor allem stark in Service und Wartung, Neugeschäfte werde zu 100% von Subunternehmen abgewickelt.

Bundeswirtschaftsminister Gabriel sprach zum Thema: Branchendialog und Bündnis „Zukunft der Industrie“

– industriepolitische Instrumente zur Entwicklung des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus. Angesichts der drei vorangegangenen Kurzinterviews aus betrieblicher Sicht, ließ er allerdings seine vorbereitete Rede eher links (oder rechts) liegen und ging direkt auf die Forderungen und Anregungen der Betriebsräte ein.

Dabei versuchte er zunächst Stallgeruch mit den Metallerinnen und Metallern herzustellen, indem er mit seiner langjährigen Mitgliedschaft bei der IGM kokettierte und von seinen gewerkschaftlichen Grundseminaren BR I und Mitbestimmung I berichtete. Zur gerechteren Besteuerung gab er zwar zu, dass ca. 150 Mrd. Euro an Steuerverlusten (die Hälfte des Bundeshaushalts) in Europa durch Steuer-



Die Landtechnik ist eine von 16 Teilbranchen des Maschinenbaus. Außer den drei auf dem Bild: Gabriele Formann (Fendt/Agco, Marktoberdorf); Kai Blaisus (John Deere, Zweibrücken); Johannes Müllerschön (CNHi, Heilbronn) waren noch Betriebsräte von Claas in Harsewinkel und von Deutz-Same in Lauingen mit dabei.

vermeidung wegfallen, – „So bekloppt ist die Welt“ – aber Vorschläge zur Verbesserung der Besteuerung wollte er keine gelten lassen, da deutsche Unternehmen dann ja auch im Ausland mehr Steuern zahlen müssten.

Zur Geschichte der Wirtschaftspolitik schilderte er Etappen, von „Wirtschaft macht die Wirtschaft“ über Rot-Grün unter Schröder „Vergesst die Industrie – andere machen das bil-

liger“ bis hin zu der unsinnigen Trennung zwischen new and old Ökonomie. Erst die Verknüpfung von alter und neuer Ökonomie (Finanzen, Internet, Forschung und Produktion) habe die Stärke der deutschen Industrie gezeigt. Deshalb sei sie auch besser aus der Krise herausgekommen, auch wegen der Sozialpartnerschaft, die schnelle (z.Bsp. Kurzarbeiter-) Regelungen ermöglicht habe. Seine Aufzählung von konkretem Regierungshandeln (Mindestlohn, Tariftreuegesetz, Rente mit 45, Leiharbeit, sachgrundlose Befristung u.a.) konnte die betrieblichen Experten meiner Meinung nach nicht überzeugen. Zu deutlich hatten einige Betriebsräte da wohl ihre betrieblichen immer noch unzureichenden Gestaltungs- und Schutzmöglichkeiten im Kopf. Für eine Diskussion oder für Rückfragen blieb denn auch leider keine Zeit mehr, die Ministerkarawane zog weiter.

Für den nächsten Block lieferten Jörg Hoffmann aus Sicht der IG Metall und Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer VDMA, die Inputs für eine lebhaft diskussionsrunde mit dem Publikum. Dort wurde zum Beispiel auch hinterfragt, warum ausgerechnet der VDMA für das Konzernfördernde CETA und TTIP sei.

In weiteren Dialog- und Flüsterungen war ausreichend Raum für den betrieblichen Erfahrungsaustausch und für die Formulierung von Anforderungen an IG Metall und an die Politik. Zum Abschluss des ersten Tages gab es noch einen rasanten Vortrag über die Zukunft des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus und über die anstehenden technologischen Entwicklungen von Prof. Dr. Thomas Bauernhansl vom Fraunhofer IPA.

Am zweiten Tag, nach spannenden fünf Forumsdiskussionen, forderte Wolfgang Lemb, Vorstandsmitglied der IG Metall, dazu auf, die Zukunft des Maschinenbaus zu gestalten. Er sprach davon, dass das Wirtschaftsministerium früher sehr abgeschirmt war. Immer wenn ein Gewerkschafter kam, „wurde eine Zugbrücke hochgezogen“. Dies sei jetzt mit Gabriel und dem begonnenen Branchendialog sowie mit dem Bündnis Zukunft der Industrie anders. Lemb stellte eine Zusammenfassung der Konferenz und die Erklärung „Maschinenbau 2030 – Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht der IG Metall“ vor. Nach einer Ergänzung auf Anregung von Johannes Müllerschön, Betriebsratsvorsitzender von CNHi in Heilbronn zur prekären Arbeit und zur Sicherung von Arbeitsplätzen wurde diese einstimmig verabschiedet.

Weitere Infos bei der IG Metall: <https://www.igmetall.de/29-september-2016-maschinenbaukonferenz-berlin-23784.htm>
Johannes Müllerschön, Offenau, Landmaschinenmechaniker und linker Kreis- und Regionalrat.

„Tanz ums goldene Haldex-Kalb“

Bizarre Bieterschlacht zwischen ZF und Knorr-Bremse

In der Fahrzeug- und Zulieferindustrie ist wieder mal das große Fressen entbrannt. Auch der relativ kleine schwedische Haldex-Konzern mit rund 500 Millionen Euro Umsatz und weltweit 2.100 Beschäftigten soll aufgekauft werden. Nur eines von vielen Beispielen, aber ein besonders krasses. In Deutschland hat Haldex ein Unternehmen in Heidelberg (bis 1998 GRAU-Bremse, ein gewerkschaftlicher Traditionsbetrieb) mit inzwischen noch rund 100 Beschäftigten. Laut Internet-Meldungen vom 4.10.2016 ist ZF tags zuvor mit seinem Ziel gescheitert, 50 Prozent der Haldex-Aktien zu erreichen. ZF wollte sich am 5.10. offiziell äußern.

Vorgeprescht ist Mitte Juli der LKW-Achsenhersteller SAF Holland aus Bessenbach bei Aschaffenburg mit rund 3.100 Beschäftigten und hat für den in Stockholm an der Nasdaq-Börse notierten Haldex-Konzern 442 Millionen Euro geboten. Im August warf der 40-fach größere Getriebehersteller und Stiftungskonzern ZF Friedrichshafen seinen Hut in den Ring und übertrumpfte SAF mit einem öffentlichen Übernahmeangebot von 462 Millionen Euro. SAF musste aussteigen. Anfang September ist der Weltmarktführer im Nutzfahrzeug-Bremsensektor, Knorr-Bremse AG München, eingestiegen und bot 507 Millionen Euro. Zehn Tage später zog ZF gleich. Insgesamt wurden sechs Angebote vorgelegt

Wo bleiben bei einer derartigen Kapi-talschlacht die Haldex-Beschäftigten?

Die Beschäftigten tauchen in den Hunderten Pressenotizen zum kapitalistischen Wahnsinns-Geschacher gerade mal in einer Handvoll auf, nur am Rande. Der Haldex-Verwaltungsrat hat nebulös von „Auswirkungen auf Beschäftigung und Standorte“ gespro-

chen. Vorstands-Vorsitzender (CEO) Annvik hat für den Fall eines Zuschlags für Knorr eingeräumt, er habe Angst vor einer „Zerschlagung“ von Haldex und durch die Blume Arbeitsplatzverluste angedeutet. Dass er sich in der IAA öffentlich gegen Knorr gewandt hat, war von der Belegschaft in Heidelberg positiv registriert worden.

Als einzige haben „RNZ“, „Mannheimer Morgen“ und die Zeitschrift „Automobilwoche“ die Stellungnahme der IG Metall Heidelberg mit den Forderungen von Betriebsrat und IG Metall erwähnt: Sicherung bzw. Ausbau der Beschäftigung und des Standorts sowie Erhalt der Tarifbindung. Da Knorr direkter Konkurrent von Haldex ist, außerdem keine Tarifverträge hat und schon vor Jahrzehnten aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist, hätten IG Metall und Betriebsrat bei ZF als möglichem neuem Eigentümer „ein besseres Gefühl“, wurde Michael Seis, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall, zitiert ...

Zukunft ungewiss – Belegschaft wird kämpfen müssen

Über das Stimmungsbild in Heidelberg hat der Betriebsrat am 27.9. berichtet, die Belegschaft fühle sich wieder mal als Spielball. Der Interims-Geschäftsführer vor Ort unterrichte praktisch nicht, weil er offensichtlich selbst kaum informiert sei. Kontakte zu anderen Haldex-Belegschaften in Schweden, Ungarn oder Frankreich, geschweige USA gebe es nicht bzw. seien von der Betriebs-Gewerkschaft in Schweden vor Jahren abgebrochen worden. Mit Haldex so weiter zu wursteln – trotz 2014 erreichter Beschäftigungsgarantie bis Mitte 2018 – würde aus Sicht von Betriebsrat und IG Metall allerdings auch nicht die besten Perspektiven bie-

ten. Ausgerechnet im Jubiläums-Jahr „90 Jahre GRAU/Haldex“ waren im Dezember 2015 wieder 50 Beschäftigte per Sozialplan und Transfergesellschaft gegangen, mehrheitlich Ältere. Für die restlichen knapp 100 Beschäftigten kommt nun erneut größte Unsicherheit.

Auch bei ZF hätte es keinesfalls von vorneherein die Garantie gegeben, dass es in Heidelberg auf Dauer weitergeht. Wenn ZF es ernst meine mit „Zusammenarbeit“, „Entwicklung“ und „Zukunft“, hatten Betriebsrat und IG Metall erklärt, dann müsste ZF vor allem auch den Standort Heidelberg neu aufbauen bzw. stärken, was Entwicklung und Produktion angeht. Belegschaft und Interessenvertretung wären also auch hier gefordert. Durch die jetzige Entwicklung ist dies erst recht der Fall. „Die WirtschaftsWoche“ schreibt am 4.10.16: „ZF-Chef Sommer hatte vergangene Woche erklärt, im Fall eines Scheiterns gäbe es mehrere Optionen. ZF könne seinen Anteil an Knorr oder umgekehrt verkaufen. Auch eine Aufteilung des Bremsenherstellers schloss er nicht aus.“ Auf Deutsch, ZF scheint nicht mal vor einer Filetierung noch davor zurückschrecken, das Unternehmen Knorr in den Rachen zu stecken.

Beim letzten Verkauf 1997/98 haben Vertrauenskörper und Betriebsrat die Lage so beschrieben: „Worum es hier geht, ist ein gnadenloser kapitalistischer Konkurrenz-, Konzentrations- und Vernichtungsprozess auf dem Nutzfahrzeug- und Zuliefersektor, bei dem die Belegschaft sich warm anziehen muss. Wer den Betrieb in Zukunft führt, wer die Eigner sind, darauf haben wir letztendlich nur wenig Einfluss. Unser vorrangiges Ziel ist eindeutig die Sicherung der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen, egal unter welchem Dach und Arbeitgeber“ (nach Presseerklärung der IG Metall Heidelberg vom 12.9.2016). Das gilt heute genauso. (mho, gekürzt übernommen aus Kommunal-Info Mannheim 20)

Weselsky droht mit Warnstreiks im Weihnachtsverkehr, FAZ, 10.10.2016. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer will gleich zu Beginn der Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn ein Zeichen setzen. Viele haben Weselsky in unguter Erinnerung. Bei der Deutschen Bahn verhandeln Arbeitgeber und Lokführergewerkschaft seit Montag über bessere Arbeitszeit- und Freizeitregeln sowie mehr Geld für die Beschäftigten. Sollte es in den ersten drei Verhandlungsrunden bis November kein Ergebnis geben, seien auch Warnstreiks im Weihnachtsverkehr möglich, sagte Claus Weselsky, der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), in Berlin. „Ich erwarte spätestens in der zweiten Runde ein Angebot des Arbeitgebers.“ Bei seiner

Lohnforderung nach vier Prozent sei er zu Abstrichen bereit, sagte Weselsky. Die GDL lege den Schwerpunkt auf Schichtrhythmen und Arbeitszeit. Beispielsweise wären 2,5 Prozent mehr Geld plus einer Arbeitszeientlastung im Volumen von 2 Prozent für die GDL ein gutes Ergebnis, deutete Weselsky eine mögliche Kompromisslinie an.

Deutsche Exporte im August 2016: + 9,8 % zum August 2015. Deutsches Statistisches Bundesamt (Destatis) Im August 2016 wurden von Deutschland Waren im Wert von 96,5 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 76,5 Milliarden Euro importiert. Damit waren die deutschen Exporte im August 2016 um 9,8% und die Importe um 5,3% höher als im August 2015. Gegenüber dem Vormonat Juli

2016 nahmen die Exporte um 5,4% und die Importe um 3,0% kalender- und saisonbereinigt zu. Die Außenhandelsbilanz schloss im August 2016 mit einem Überschuss von 20,0 Milliarden Euro ab. Im August 2015 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz + 15,2 Milliarden Euro betragen. Kalender- und saisonbereinigt lag der Außenhandelsbilanzüberschuss im August 2016 bei 22,2 Milliarden Euro.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurden im August 2016 Waren im Wert von 54,3 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 48,5 Milliarden Euro von dort importiert. Gegenüber August 2015 stiegen die Exporte in die EU-Länder um 10,0 % und die Importe aus diesen Ländern um 5,2 %.

**Wirtschafts-
presse**

Von den drei geteilten Gewalten hat die Exekutive breiteste Öffentlichkeit, die Legislative kommt dann und wann vor, die Judikative hingegen bleibt weitgehend Sache der Fachleute. Dieser Zustand ermöglicht es, politische Strategien und Absichten dem Publikum als rechtlich geboten zu präsentieren. Diese Tendenz der Instrumentalisierung der Justiz durch Exekutive und Parteien zwingt die politische Öffentlichkeit, sich mit der Rolle der Justiz im modernen Staatswesen zu beschäftigen und Debattenangebote aus der Justiz an die Öffentlichkeit wahrzunehmen. PB-Leser Johannes Kakoures war beim Juristentag, der vom 13. bis 16. September in Essen stattfand, und berichtet.

Guter Anfang: Deutscher Juristentag 2016 kritisiert Entwicklung in der Türkei und warnt vor AfD

Hochgradig politisch wurde der Juristentag 2016 in Essen eröffnet. Schon bei der üblichen Begrüßung der anwesenden oder zumindest in der Anwesenheitsliste stehenden Honoratioren betonte Prof. Dr. Thomas Mayen., Präsident des 71. Deutschen Juristentages, die Notwendigkeit einer unabhängigen Justiz. Er wies darauf hin, dass der Juristentag 2016 in politisch unruhigen bis beunruhigenden Zeiten stattfände und erinnerte daran, wie schnell sich die Eurokrise, die Zunahme der Flüchtlinge, der Brexit und schließlich der Putsch in der Türkei in der medialen Aufmerksamkeit abgelöst hätten. Jede dieser Fragen für sich würde schon eine erhebliche Herausforderung für den Rechtsstaat darstellen. Dies spiegelte sich auch im Programm des Juristentages: während es bei der Planung bereits absehbar war, dass es Sinn mache, über die Flüchtlingsfrage zu diskutieren, konnte der Brexit nur durch eine eilig organisierte Sonderveranstaltung thematisiert werden. Hinsichtlich der Türkei schließlich hat das Präsidium des Juristentages eine Stellungnahme verfasst. Man sehe sich hier in der Verantwortung, da die

Türkei nicht irgendein Staat sei, sondern über die hier lebenden Türkinnen und Türken, vor allem aber auch durch die Unterzeichnung der EMRK durch die Türkei und ihre Beitrittsverhandlungen mit der EU eine enge Verbindung bestehe. Kritisiert wurden insbesondere die Entlassung von 80000 Menschen aus dem Staatsdienst, die Inhaftierung weiterer zehntausender Personen, ohne dass ein Nachweis der Beteiligung oder sonstige Haftgründe vorlägen. Die Diskussion über die Einführung der Todesstrafe verschärfe die Sorge, dass die legitime Abwehr des Putsches um der Preis der Rechtsstaatlichkeit erfolge.

Heiko Maas: „Debattenhoheit nicht den Innenpolitikern überlassen

Justizminister Heiko Maas bedankte sich ausdrücklich für die Resolution und betonte, dass in den weiteren Beitrittsverhandlungen klar sein müsse, dass der Rechtsstaat keine Verhandlungsmasse darstelle. Er erinnerte sodann daran, dass der Tagungsort Essen auch die Stadt Gustav Heinemanns gewesen sein, der in Zeiten gesellschaftlichen Wandels Bundespräsident war. Just unter diese Präsidentschaft fand 1966, also vor genau 50 Jahren der 46. Juristentag das letzte Mal in Essen statt. Bei aller notwendigen Rationalität, täte ein bisschen Streit gut. Insbesondere dürfe man die Debattenhoheit nicht nur Innenpolitikern, Leitern der Sicherheitsbehörden und schon gar nicht Finanzministern überlassen. Er sei sich sicher, dass auch dieser Juristentag wieder sehr lebendig und politisch werde, wofür schon die hochaktuellen Themen sprechen würden. Maas betonte, dass in den 60er und 70er Jahren bei aller Modernität nicht alle Probleme gelöst worden seien. Derzeit arbeite sein Ministerium an einem Gesetzesentwurf, der die Rehabilitierung aller wegen Homosexualität verurteilten Männer ermöglichen werde. Dabei sei das Argument der Rechtssicherheit keineswegs übersehen worden, sondern man habe intensiv geprüft und diskutiert. Eben deswegen sei es so lange zu keinem Ergebnis gekommen. Nun werde der Entwurf aber im Oktober in den Bundestag eingebracht werden. Eine weiteres Thema, das beim Juristentag von der Strafrechtsabteilung diskutiert wurde, ist die Öffentlichkeit

des Verfahrens. Hier erarbeite das Ministerium gerade einen Entwurf, der es den Obersten Bundesgerichten erlauben werde, zur Urteilsbegründung das Fernsehen zuzulassen.

In diesem Zusammenhang würdigte Maas die am Wochenende verstorbene ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach (eine von wenigen jemals im Gespräch befindlichen KandidatenInnen, die ich gerne als Bundespräsidentin gehabt hätte), die als erste eine Pressesprecherin für das Gericht angestellt, einen Tag der offenen Tür eingerichtet und das Fernsehen zur Urteilsverkündung zugelassen hatte.

Er wies darauf hin, dass die sog. Rosenberg-Kommission, die die Kontinuität des Bundesjustizministeriums in der Nachkriegszeit erforscht hatte am 10. Oktober ihre Ergebnisse veröffentlicht werden. Allerdings sei es sehr einfach, sich heute darüber zu empören, dass nicht energisch genug durchgegriffen worden sei. Dies gehe an den aktuellen Herausforderung vorbei. Er sehe eine große Gefahr für den Rechtsstaat durch Autokraten, Populisten, aber auch „mutlose Demokraten“. Weltweit seien die Minderheiten wieder ins Visier geraten, wie man an Gestalten wie Trump oder Orban in Ungarn sehe. Aber auch Deutschland sei mit zunehmender Gewalt und Hass konfrontiert. Dagegen brauche es Juristen „mit Ethos“. Juristen seien besonders geeignet, eine Stimme der Vernunft zu sein.

Thomas Kutschat: Das fragwürdige Programm der AfD

Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschat ging in eine ähnliche Richtung. Er erinnerte noch intensiver an den 46. Juristentag in Essen, der als erstes die Rolle der Justiz in den Jahren 1933-45 thematisiert hatte. Er sehe das Risiko einer globalen Erosion des Rechtsstaates, wie nicht nur die Entwicklungen in der Türkei zeigten. Auch in Deutschland sei es keineswegs so, dass der Rechtsstaat uneingeschränkte Akzeptanz genieße. Dies sehe man eben nicht nur an den Wahlerfolgen der AfD, sondern auch daran, dass einige in der öffentlichen Debatte statt der notwendigen „harten Kante“ versuchen würden den „Feinden der Freiheit“ hinterherzu-

*Der Deutsche Juristentag e.V.

Der Deutsche Juristentag e.V. ist ein eingetragener Verein mit rund 7000 Mitgliedern, der Juristinnen und Juristen aus allen Teilen der Bundesrepublik, aus allen Berufsgruppen, aus allen Generationen vereint. Ziel des Vereins ist es, auf wissenschaftlicher Grundlage die Notwendigkeit von Änderungen und Ergänzungen der Rechtsordnung zu untersuchen, der Öffentlichkeit Vorschläge zur Fortentwicklung des Rechts vorzulegen, auf Rechtsmissstände hinzuweisen und einen lebendigen Meinungsaustausch unter den Juristen aller Berufsgruppen und Fachrichtungen herbeizuführen. Da der Verein keine Interessenvertretung bestimmter beruflicher oder gesellschaftlicher Gruppen ist, hat sein Wort in der juristischen Öffentlichkeit und auch für den Gesetzgeber besonderes Gewicht.

Zu diesem Zweck veranstaltet der Verein seit 1860 alle zwei Jahre in einer anderen deutschen Stadt den ‚Deutschen Juristentag‘, einen Kongress mit 2.500 bis 3.500 Teilnehmern.

rennen, was diese nur aufwerten, nicht jedoch schwächen würde. Er zitierte Punkte aus dem Programm der AfD, das u.a. behaupte, dass der Rechtsstaat in Deutschland gar nicht mehr existiere, weswegen er „wiederhergestellt“ werden müsse. Die „Zuverlässigkeit“ der Justiz sei wieder zu gewährleisten. Ferner solle z.B. bei dringendem Tatverdacht auf ein Verbrechen Untersuchungshaft ohne weitere Haftgründe angeordnet und die Strafmündigkeit auf 12 Jahre herabgesenkt werden. Er richte diese klaren Worte an ein Fachpublikum, weil der Rechtsstaat gerade offen angegriffen werden.

Thomas Kufen: Essens erfolgreiche Wandlungen

Etwas andere Akzente setzte Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, der auf die Geschichte der Stadt als eine der ältesten Siedlungen im Ruhrgebiet, älter auch als Berlin und München, einging. Er schilderte Essen bis zur Industrialisierung als Siedlung, in der man zwar mit der goldenen Madonna die älteste, vollplastische Frauenfigur des Abendlandes gehabt habe, ansonsten jedoch eher beschaulich gelebt habe. Dies habe sich schlagartig verändert. Rasant sei Essen, unter anderem durch die Geschäfte der Familie Krupp, zur größten Montanstadt Europas aufgestiegen, was das Stadtbild bis zum nächsten, tiefgreifenden Strukturwandel wesentlich geprägt hatte. Der Strukturwandel zwang viele dazu, neue Wege zu gehen, und dies sei in Essen auch getan worden und gelungen. Es lohne sich ein Besuch der Zeche Zollverein schon deswegen, da der dortige Doppelbock ein Symbol für den Aufstieg, den Niedergang und den Wiederaufstieg einer Stadt sei. Essen sei nunmehr Strommetropole, vor einigen Jahren Kulturhauptstadt gewesen und werde im kommenden Jahr Europas „grüne“ Hauptstadt. Auch um dies zu sehen, lohne sich der Besuch der Zeche.

Die Podiumsdiskussion: Verantwortung der Juristen für die Herrschaft des Rechts

Die anschließenden Podiumsdiskussion unter dem Titel „Wenn aus Recht Unrecht wird – die Verantwortung der Juristen für die Herrschaft des Rechts“ bildete eine anspruchsvolle Analyse des Versagens der Justiz in der NS-Diktatur, aber auch in der DDR, die jedoch immer den Blick auf die heutige Situation gerichtet hielt. Prof. Dr. Bernd Rüthers, der bekannt dafür ist, dass er die These, dass es im wesentlichen der sture Rechtspositivismus gewesen sei, der die NS-Justiz ermöglicht hatte, wissenschaftlich widerlegt hat, führte seine zentrale These weiter aus. Nicht die Gesetzesbindung, sondern die Öffnung derselben durch weite Generalklauseln und verfehlte

Auslegungsgrundsätze seien das entscheidende Merkmal der NS-Justiz gewesen. Auch heute sei eine Diskussion über die eigenen Methoden notwendig. Prof. Dr. Safferling stellte sehr knapp erste Ergebnisse der Rosenberg-Kommission vor. Prof. Dr. Dr. Schröter ging vor allem auf die Situation in der DDR ein. Besonders deutliche, wenn auch im Hinblick auf eine moralische Verurteilung Einzelner sehr vorsichtige, Worte fand die Präsidentin des Bundesgerichtshofes Bettina Limperg. Hatte Rüthers etwa noch darauf hingewiesen, dass jede „revolutionäre“ Situation die „staatsnahen Berufe in einen rauschhaften Zustand“ versetze, da man ja Posten behalten müsse oder Karriere machen wolle, bestritt Limperg, dass es sich beim Verhalten der Justiz bei der

NS-Diktatur nur um einen „Sog des Neuen“ gehandelt habe. Dazu sei die Inhalte viel zu brutal und diese Brutalität auch früh genug bekannt gewesen. Es müsse also mehr dahinter stecken. Sie selbst sei bei ihren Recherchen immer wieder erschrocken gewesen, „wie früh und wie freiwillig“ die Juristen ihre Unterwerfung unter die NS-Ideologie erklärt hätten. Sie könne jedoch nicht sagen, wie sie sich in ähnlichen Situationen verhalten würde. Sie glaube nicht, dass sich Geschichte einfach wiederhole, deswegen sei es schwer vorab zu beurteilen, welche Maßnahmen zur Vorbeugung ergriffen werden müssten, und überhaupt zu erkennen, wo die Gefahren liegen. Sie sehe allerdings in einer „Kombination aus Nationalismus und Angst eine gefährliche Mischung“.

„Die Integration unterliegt nicht der Steuerungsfunktion des Rechts, sondern der Gesellschaft“ – Abschlussveranstaltung des Juristentages sieht keinen „Kontrollverlust“

Die Behauptung, dass die sogenannte Flüchtlingskrise eine Krise des Rechtsstaates an sich sei, wird nicht nur von der AfD, die den Rechtsstaat als bereits abgeschafft und wiederherstellungsbedürftig begreift, behauptet. Auch die CSU und Politiker aus anderen EU-Staaten, etwa Österreich und Ungarn, haben sich zu der Behauptung verstiegen, die Aufnahme einer Vielzahl von Menschen durch die BRD sei nur durch massenhaften Rechtsbruch möglich gewesen. Mit einem durchaus spannend besetzten Podium versuchte der Deutsche Juristentag in seiner Abschlussveranstaltung zu klären, was an diesem Vorwurf dran ist. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis: es ist möglich, das Thema kontrovers und trotzdem sachlich zu debattieren.

Hat das Recht überhaupt eine Steuerungsfunktion?

Moderator Juristentagspräsident Mayen fragte denn auch Innenminister de Maizière direkt, ob das Recht in seiner Steuerungsfunktion bei der Flüchtlingsfrage versagt habe. De Maizière bestritt darauf hin erst einmal, dass das Recht überhaupt eine „Steuerungsfunktion“ habe. Das Recht habe wohl eine Ordnungs- und Begrenzungsfunktion, gesteuert werde jedoch nach wie vor vom Willen des und der Einzelnen. Er wolle mit dieser These lediglich zur „Demut der Juristen“ beitragen, nicht aber der Frage ausweichen. Dennoch sei eher zu fragen, ob von einem Kontrollverlust oder zumindest Vollzugsdefizit gesprochen werden kann. Ersteres wäre nicht hinnehmbar. Ein Vollzugsdefizit sei hingegen für Juristen keinesfalls etwas Ungewohntes. Jeder wisse, dass

innerorts 50 km/h pro Stunde erlaubt seien und jeder wisse auch, wie viele sich daran halten und wie viele erwischt werden. Ähnliches kenne man aus dem Straf- und Steuerrecht. Die Frage sei daher, ob es sich um ein mehr als ein Vollzugsdefizit handeln würde. Auch diese Frage sei aber mit Nein zu beantworten. So wolle er insbesondere der oft gehörten These entgegen treten, „ein Staat müsse wissen, wer über seine Grenze komme“ – oft verknüpft mit der Behauptung, „sonst sei er gar kein Staat mehr“. Eben dies sei unter dem Schengen-System eben nicht Rechtslage. Auch der spanische Staat wisse nicht, welcher Deutscher als Tourist einreise. Die Unkenntnis sei also Alltag. Unabhängig von der Frage der Einreise sei klar, dass jeder Rechtsstaat an seine Grenzen komme, wenn sich in einem bestimmten Bereich auf einmal Zahlen vervielfachen. Angesichts dessen, wie schnell und unerwartet und wie hoch die Zahlen der Schutzsuchenden angestiegen seien, müsse man aber eher davon sprechen, dass man dies gut gemacht habe. Hinsichtlich der Dauer der Asylverfahren habe er vor kurzem mit seinem schwedischen Amtskollegen gesprochen, der mit Verfahrensdauern von im Schnitt ein bis eineinhalb Jahren zu kämpfen habe. Anders als hier gäbe es in Schweden nur geringfügige Debatten darüber. Der schwedische Innenminister habe dies damit erklärt, dass man klar kommuniziert habe, dass man in einer Sondersituation sei, jedoch deswegen keine neuen Verwaltungsstellen schaffen wolle. Dies sei akzeptiert worden. Damit wolle de Maizière nicht die schwedische Verfahrensdauer für gut heißen, sondern lediglich zur „Vorsicht

mit bestimmten Vokabeln“ mahnen.

Prof. Dr. Norbert Meyer vom Niedersächsischen Landkreistag bestätigte zwar, dass man eine Tendenz habe, „Krisen groß zu reden“ und von einem Vollzugsdefizit die „Welt nicht untergehe“. Er beurteile die Situation im vergangenen Jahr dennoch kritischer. So sei die Einreisewelle nicht nach Schengen-Kriterien zu beurteilen gewesen, was man auch damals bereits gewusst habe. Es habe Tage gegeben, an denen allein in Niedersachsen im Schnitt bis zu 10 000 Menschen angekommen sind und entsprechend zu versorgen waren. Unterkünfte seien teilweise über Nacht herzurichten gewesen und das „Easy“-Verfahren zur Erstverteilung der Flüchtlinge sei erst pünktlich zur Eröffnung des Juristentages am vergangenen Dienstag abgeschlossen worden.

Richter am Bundesverfassungsgericht Ulrich Maidowski betonte, dass er immer misstrauisch werde, wenn mit „Parolen“ gearbeitet werde und beim angeblichen „Verlust der Steuerungsfunktion des Rechts“ handele es sich um nichts anderes als eine Parole. Das Schlagwort werde vor allem von „Vereinfachern“ – auch unter Juristen – verwendet. Aus Sicht eines Richters störe ihn das beständige Denken in Gruppen: „die Syrer, die Flüchtlinge“. Er habe Menschen vor sich und Einzelfälle zu entscheiden. Dafür brauche man vor allem Zeit.

Auch Katharina Lumpp, Vertreterin des UNHCR in Deutschland sieht die gegenwärtige Situation nicht als eine Krise des Rechts sondern der mangelnden Solidarität der Staaten. Sie betonte, dass das Dublin-System ein Selbsteintrittsrechts ausdrücklich festgeschrieben habe, d.h. jeder Staat hat grundsätzlich das Recht jemanden aufzunehmen, wenn er sich aus welchen Gründen auch immer – i.d.R. weil der Schutz in anderen Ländern nicht hinreichend gewährleistet ist – zuständig fühlt. Man habe auch eine Krise der Verantwortungsteilung. So hätte in der gesamten Debatte niemand den Schutzbedarf der Ankommenden in Frage gestellt, auch nicht Ungarn oder Österreich. Die Konflikte bestünden ausschließlich bei der Aufnahme. Und hierbei wiederum hätte die EU keinesfalls überfordert sein müssen. Man rede von einer Million Menschen, die einem Gebiet mit 500 Millionen Einwohnern Aufnahme gesucht hätten. Die Zahlenverhältnisse in einem Land wie Jordanien seien ganz andere. Generell müsse man erneut darauf hinweisen, dass Flucht und Vertreibung global beständig zunehmen. Das UNHCR gehe von 65 Millionen Betroffenen aus. Allerdings handelt es sich bei zwei Dritteln davon um Binnenflüchtlinge und auch vom Rest blieben die allermeisten in Ländern in der Region. Eine

Krise habe man also vielmehr inhaltlich, indem der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt nicht hinreichend gewährleistet ist. Man müsse auch insofern nicht von einer Krise des Rechts, sondern einer Krise der Verantwortung sprechen.

„Auch bei scheinbaren Musterländern erst einmal zuhören“

Dies veranlasste Mayen zur nächsten Frage, wie denn die Verantwortung von der Lumpp gesprochen hatte, wahrnehmen zu sei. De Maizière wies zunächst darauf hin, dass man derzeit an einer grundlegenden Reform des EU-Asylsystem arbeite. Dies solle als Verordnung, also unmittelbar geltendes und nicht erst umzusetzendes Recht, geregelt werden. Hier seien vor allem Fragen der sogenannten „Sekundärmigration“ zu klären, also was passiert, wenn jemand der Tschechischen Republik zugewiesen wird, aber nach Deutschland kommen will. Es sei bekannt, dass in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Unterstützungsniveaus aber auch unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe bei der Anerkennung herrschen. In diesem Zusammenhang konnte er sich einen Seitenhieb auf das BVerfG nicht verkneifen: ihm sei dessen Rechtsprechung zum Existenzminimum von Asylbewerbern wohl bekannt, er sei aber gespannt, wie Karlsruhe entscheiden werde, wenn man ein EU-weit einheitliches – also wohl niedrigeres – Niveau festlege. Für das Versagen des Dublin-Systems machte er im Wesentlichen die Zustände in Griechenland verantwortlich. Es könne nicht sein, dass man „von der Last der Anwendung des EU-Rechts dadurch befreit werde, dass man Flüchtlinge besonders schlecht behandelt“. Er sehe derzeit keine Mehrheit dafür, dass alle Schutzsuchenden verteilt würden, also müsse einer am Ende entscheiden, wohin mit den Menschen. Die Hauptlast werde daher bei den Erstaufnahmeländern bleiben. Die EU-Kommission hat daher ein Verfahren vorgeschlagen, dass eine Verteilquote dann Anwendung finden soll, wenn ein Aufnahmeland erkennbar überfordert sei. Noch besser sei ein System, in dem schon außerhalb der EU – etwa in Zusammenarbeit mit dem UNHCR – entschieden werde, wer komme. Er wisse, dass auch dieses System „seine Härten habe“, es könne aber nicht sein, dass, wie gegenwärtig, kriminelle Schlepperbanden darüber entscheiden, wer es nach Europa schafft.

Maidowski erklärte, dass er wohl misstrauischer sei und nannte als Beispiel die Diskussion über die Türkei als sicheren Herkunftsstaat, eine Frage, die er auch mit verschiedenen Mitgliedern der EU-Kommission diskutiert habe. Die Türkei als sicheres Herkunftsland zu bestimmen sei eine

rein politische Festlegung gewesen. Man müsse mit der Situation in diesem Land aber sehr vorsichtig sein. Selbst bei Familien aus scheinbaren Musterländern sei es seine Aufgabe als Richter erst einmal zuzuhören. Er könne als Richter auch nicht eine Familie mit kleinen Kindern im Herbst nach Italien abschieben, wenn er genau wisse, dass das selbst in diesem Land die Abschiebung in die Obdachlosigkeit bedeute. Es handelte sich um einen konkreten Fall, bei dem jedoch keinerlei Chance bestand, den Aufenthaltstitel zu erlangen. Letztlich habe er den Kompromiss gefunden, die Beschwerde der Familie zwar abzuweisen, jedoch die Vollstreckung so lange auszusetzen bis die Behörde den Nachweis einer Wohnung vorliegen habe. Richter bräuchten diesen Spielraum ohne dass es gleich heiße, „wir würden das System kaputt machen“.

Auch Lumpp forderte dringend trotz sicherer Herkunftsstaaten bei Einzelfallentscheidungen zu bleiben. Bei der vermuteten Sicherheit handelt es sich eben nur um eine rechtliche Vermutung, die widerlegbar bleiben müsse. Letztlich gelte weiterhin der Amtsermittlungsgrundsatz.

Obergrenzen? – Bei der Prüfung nicht zuviel Arbeit machen...

Mayen nahm das Stichwort des Einzelfalles auf, um nach dem wahrscheinlichen genauen Gegenteil zu fragen, nämlich dem Schlagwort der Obergrenzen. Maidowski – zu richterlicher Zurückhaltung ermahnt – äußerte sich vorsichtig. Er wisse schon gar nicht, um welche Form von Obergrenzen es überhaupt gehe. So seien grundsätzlich zwei Arten denkbar, namentlich eine Obergrenze für die Zahl an Schutzgewährungen oder aber für die Einreise. Er erinnerte daran, dass gegenwärtig von 40 000 Entscheidungen des BAMF über 60 % eine Anerkennung gewähren würden. Unter Berücksichtigung der Ermahnung zur Vorsicht, könne er nur grob skizzieren, was er seinen Mitarbeitern raten würde, wenn der Fall zur Entscheidung ans BVerfG käme. Wahrscheinlich wäre es die Aufforderung, sich nicht zuviel Arbeit mit dem Thema zu machen, da beide Formen letztlich durch internationales Recht determiniert seien. Die entsprechenden Vereinbarungen seien von der BRD ohne Vorbehalt angenommen. Es gelte daher „ultra posse nemo obligatur“ – was nicht geht, das geht nicht. Es werde eine vollkommen überflüssige Diskussion für den Stammtisch geführt.

Anders äußerte sich Meyer. Die Kommunen bräuchten dringend Entlastung. Für ihn sei klar, dass wenn die Situation aus dem letzten Winter noch ein bis drei Monate angehalten hätte, man das Thema hier nicht so „entspannt“ diskutieren könne, vielleicht sei sogar

die Gruga-Halle gar nicht nutzbar. So wurden etwa in der Messe Hannover Flüchtlinge einquartiert. Das Problem an der Obergrenze sei eher, dass es sich um ein Signal handeln würde und sich diese heutzutage schnell verbreiten. In diesem Fall wäre es das Signal: „jetzt aber schnell!“. Es sei die Außenpolitik gewesen, die das Problem geregelt habe. Bei aller Kritik an der Türkei, etwa durch die Resolution des Präsidiums des Juristentages, dürfe man nicht vergessen, dass diese drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen habe.

De Maizièr wollte sich aus parteipolitischer Zurückhaltung nicht zu intensiv äußern. Jeder wisse, dass das Thema in der Union höchst umstritten sei, und es sei nicht angebracht, durch eine Äußerung auf dem Juristentag die Diskussion weiter anzuheizen. Er meinte, man hätte die Diskussion gar nicht, wenn man sich mit der SPD auf sogenannte Transitzone hätte einigen können. Er stimmte Meyer zu, dass die Begrenzung auf eine bestimmte Zahl wohl einen Sogeffekt haben würde. Er sei zwar für eine Begrenzung des Zuzuges. Dies sei jedoch nicht identisch mit Obergrenzen. Hinsichtlich der Situation im Mittelmeer meinte de Maizièr, es gäbe zwar einen Anspruch gerettet zu werden, aber nicht zwingend nach Europa.

Lumpp betonte, dass das Völkerrecht Obergrenzen nicht kenne, wohl aber einen Grundsatz des Non-refoulement, wonach niemand in unmittelbare Gefahr zurückgeschickt werden dürfe. Sie plädierte erneut für eine Verantwortungsteilung: trotz des EU-Türkei-Abkommens dürfe nicht der Eindruck entstehen, die EU nähme niemanden mehr auf. Die Flüchtlingszahlen aus Syrien seien derzeit eher am Ansteigen. Sie kritisierte, dass für das Resettlement-Programm des UNHCR, ein Programm, bei dem aus Krisengebieten besonders schutzbedürftige Menschen direkt in sichere Staaten gebracht werden, nur acht bis zehn Prozent der weltweiten Plätze von der EU gestellt werden. Dies sei nicht das, was die EU an Möglichkeit hat. Als de Maizièr das Programm lobte und betonte, dass hier die UNHCR-Mitarbeiter schwerste Arbeit leisteten und unter eigener Lebensgefahr unter einer Vielzahl an Schutzbedürftigen die besonders gefährdeten recherchierten, dankte Lumpp höflich und knapp, um sofort zu wiederholen, dass es schön wäre, wenn die Anzahl der Plätze steigen würde.

Abschiebung trotz günstiger Sozialprognose?

Mayen leitete sodann zur Neuregelung des § 60 Aufenthaltsgesetz über, wonach bereits bei einer Verurteilung zu einer Haftstrafe von einem Jahr, statt bislang drei Jahren der Aufenthalt beendet werden könne und sprach

von einer „lex Köln“. Hier äußerte sich überraschenderweise de Maizièr besonders kritisch. Die Herabsetzung auf ein Jahr bedeute, dass auch Bewährungsstrafen zur Beendigung führen können, eine Haftaussetzung zur Bewährung komme aber nur bei einer günstigen Sozialprognose in Betracht. Dies stehe in einem gewissen Widerspruch. Allerdings sei die Akzeptanz in der Bevölkerung nur zu erreichen, wenn grobes Fehlverhalten auch Konsequenzen habe. Es sei nicht zu viel verlangt, wenn man Schutz suche, keine Straftaten, jedenfalls keine gravierenden, zu begehen.

Wessen Aufgabe ist die Integration?

Auf die kommenden Herausforderungen der Integration angesprochen, lobte Meyer vor allem die beschlossene Wohnsitzauflage, die ein wichtiges Instrument sei, um Kommunen zu entlasten und für einige Regionen auch eine echte Wachstumschance böte. Maidowski berichtete, dass er in den Zeiten der Zuspitzung der Einreise neben vielen Verfassungsbeschwerden, die die Absetzung Merkels und die Zwangsverwaltung des gesamten Staatsapparates beantragt hatten, u.a. auch Zuschriften muslimischer Bürger bekommen habe und hob die einer Frau besonders hervor, die sich besorgt über die Entwicklung ihres Stadtteiles zeigte, da der Zuzug eines islamischen Predigers das ganze Umfeld in eine extremistische Richtung getrieben habe. Nach seiner Beobachtung „klemme es“ vor allem an der Grenze zwischen Jugend und Erwachsenwerden. In diesem Zusammenhang könne er den Begriff der günstigen oder ungünstigen „Bleibperspektive“ nicht mehr hören. Hier werde wieder Gruppendenken über den Einzelfall gestellt und zwar zu Lasten der Gerechtigkeit.

De Maizièr ging abschließend noch auf die mehrfach geäußerte Kritik von Meyer ein. Viele notwendigen Maßnahmen seien Aufgabe der Kommunen. Wie von diesen damals gefordert, wurde mit der Föderalismusreform jedoch die Möglichkeit der Aufgabenzuweisung durch den Bund abgeschafft. Es seien daher nun die Länder gefragt. Maßgeblich sei jedoch festzuhalten, dass unabhängig davon, ob das Recht eine Steuerungsfunktion habe oder nicht, diese jedenfalls bei der Integration nicht einschlägig sei. Die Integration obliege vielmehr der Gesellschaft. Gefragt seien Schulen und Sportvereine. Man solle sich auch der eigenen Stärken wieder mehr besinnen. Es könne jedenfalls nicht sein, dass – wie geschehen – darüber diskutiert wird, Martinsumzüge abzusagen, weil man selber der Auffassung sei, die könne die Gefühle von Muslimen verletzen, obwohl sich kein einziger Moslem beschwert habe.

Johannes Kakoures, München

Projekt Wegemarken – Sachstand Oktober 2016 – weitere Entwicklung

Aktuelles Kalenderblatt:

„Arbeiterbildungsvereine – 1868 Österreich“ – nach hartnäckiger Unterdrückung und Zensur musste die k.u.k.-Monarchie in diesen Jahren unterschiedlichsten Forderungen aus Arbeiterschaft und auch bürgerlichen Kreisen nachgeben: Arbeiterbildungsvereine, zuvörderst als Berufsqualifikation, mussten zugelassen werden – Lesen und Schreiben Lernen konnten nicht mehr in Frage gestellt werden als Bestandteil einer gerechter werdenden Gesellschaft.

Projektentwicklung:

Erfreulicherweise wird der Kreis der Autoren für das Kalenderblatt stetig größer. Es besteht das Interesse, diesen Autorenkreis in lockerer Form zu vernetzen. Das soll in der nächsten Zeit angegangen werden. Zudem zeigen Reaktionen und Rückmeldungen, dass sich die bisherigen Kalenderblätter durchaus als Vorlage / Matrix / Schwerpunktsetzung für Unterricht, weitere Befassung und Vertiefung eignen. Interessant wäre zu wissen, ob es in dieser Hinsicht Berichtenswertes gibt.

Im Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“, der dieser Ausgabe der Politischen Berichte beiliegt, wird auf die Förderung des Projektes durch die ArGe hingewiesen. Dokumentation des Projektes – u.a. die bisher erschienenen Kalenderblätter, soweit möglich auch in englischer Sprache – sollen demnächst in angemessener Form von der ArGe veröffentlicht werden.

Arbeitsplattform:

Wir arbeiten daran, dass die Datensammlung „Wegemarken/Kalenderblätter“ auf der Arbeitsplattform www.linkekritik.de auch aufgrund der Ausdehnung des Autorenkreises der Kalenderblätter laufend ergänzt und erweitert wird. Uns zugesandte Daten und Ereignisse, die in diesen Rahmen passen, werden wir gerne in die Plattform einarbeiten – auch wenn noch keine tiefere Recherche vorliegt, sind uns Hinweise willkommen.

Nächstes Kalenderblatt:

In der nächsten Ausgabe wird das Kalenderblatt eine Wegemarke für die Beseitigung von zivilrechtlichen Diskriminierungen in Griechenland thematisieren.

Eva Detscher

Arbeiterbildungsvereine!

1868
ÖSTERREICH

Königsgrätz blieb nicht ohne Folgen. Der deutsche Militärmusiker Johann Gottfried Piefke soll nach der Niederlage der österreichischen Truppen bei Königgrätz die preußische Siegesparade vor den Toren Wiens angeführt haben. Das monarchistische Wien war provoziert, so wird es vermutet. Tatsache ist, dass die Niederlagen bei Königgrätz und in Italien sowie der Ausgleich mit Ungarn die Macht der Habsburger erschüttert hatten.

Endlich musste auch in Österreich das Staatsgrundgesetz Ansätze zur bürgerlichen Demokratie erfüllen. Das Bürgertum mit seiner Idee des Liberalismus errang einen wesentlichen Anteil an der Macht in Österreich. Der Arbeiterschaft konnte die Gründung von Arbeiterbil-

dungsvereinen nicht länger verwehrt werden.

Die Regierung musste den Forderungen nach der Vereins- und Versammlungsfreiheit nachgeben.

Nach der Gewährung der Vereins- und Versammlungsfreiheit im Jahr 1867 entstanden in Wien und anderen Städten der österreichischen Reichshälfte – oftmals mithilfe der Liberalen – Arbeiterbildungsvereine, darunter der Erste Allgemeine Wiener Arbeiterbildungsverein. Am 12. Dezember 1867 fand in Wien eine Arbeiterversammlung statt, die den Beschluss fasste, einen Arbeiterbildungsverein zu gründen. Es wurde der Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein in Wien-Mariahilf gebildet.

Bald folgten ähnliche Gründungen in



allen Industrieorten und Städten.

„Der „verständnisvolle und umsichtige Geburtshelfer des Arbeiterbildungsvereins Linz“ war der aus Graz stammende Lehrer Josef Netwald. Die „Linzer Tagespost“ brachte am 15. Jänner 1868 einen Aufruf „An die Arbeiter von Linz!“ als dessen Folge dann am 5. Juli 1868 in Poschachers Bierhalle in der Rudolfstraße die Gründungsversammlung stattfand, die von 300 Arbeitern besucht und bei der 134 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Daß die Fabrikherren damit keine Freude hatten, wurde daraus deutlich, daß in Fabriken Kleinmünchens die Plakate mit der Ankündigung „auf Befehl der Fabrikdirektoren herabgerissen“ wurden. Ein eigener Verein bildete sich

Das *Lied der Arbeit* ist eines der bekanntesten in Österreich heute noch gesungenen Arbeiterlieder und gilt als Hymne der österreichischen Sozialdemokratie. Die Musik stammt von *Josef Scheu* (1841–1904) und der Text vom Graveur *Josef Zapf* (1847–1902). Erstmals aufgeführt wurde das *Lied der Arbeit* bei einer Mitgliederversammlung des 1867 gegründeten Arbeiterbildungsvereins, die am 29. August 1868 beim Zobel stattfand. Die 3000 Besucher waren von der Darbietung des Arbeiterchores so ergriffen, dass sie aufstanden und das Lied stehend zu Ende anhörten.

Lied der Arbeit

1. Stimmt an das Lied der ho-ben Braut, die schon dem Menschen
an - ge-traut, eb' er selbst Mensch ward noch. Was
sein ist auf dem Er-den-rund, ent-sprang aus die - sem
treu-en Bund. Die Ar - beit hoch! Die Ar - beit hoch!

2. Und wie einst Galilei rief, / Als rings die Welt im Irrtum schlief: /
Und sie bewegt sich doch! / So ruft: Die Arbeit sie erhält, / Die Arbeit,
sie bewegt die Welt! / Die Arbeit hoch! Die Arbeit hoch!



Der Schmied Pejo

Der Schmied Pejo ist vergessen. Sein Name wurde vielleicht ein einziges Mal genannt. Und zwar

in dem wohl kaum gedruckten Bericht über die Tätigkeit eines Wiener Arbeiterbildungsvereins aus dem Jahr 1894. Ist der Bericht noch aufzufinden? In einem Kellerraum, tief unter der Erde, in der Alxingergasse 18, wurden damals Lehrgänge für Erwachsene durchgeführt. Man unterrichtete Lesen und Schreiben. Der vierzigjährige Schmied Pejo meldete sich.

Von ihm wird erzählt: „Mit Tränen der Freude in den Augen buchstabierte er Flugblätter und Broschüren.“ Es gab kein Wahlrecht für ihn. Es gab keinen Achtstundentag. In vielen österreichischen Industrieorten entstehen Ar-

beiterbildungsvereine: Schmied Pejo las an Winterabenden, bei schlechter Beleuchtung und wenig Wärme, über das Wahlrecht und über den Achtstundentag. „Hin und wieder schrien oder piffen vorüberziehende Buben in den Ernst und die Begeisterung der lernenden Arbeiter recht unschön hinein.“ Daran erinnerte jemand noch fünfundzwanzig Jahre später. Das Wahlrecht wurde erkämpft. Und so der Achtstundentag. Der Vorglanz von alledem waren die Tränen der Freude in den Augen des unbeirrbar im Keller buchstabierenden Schmieds Pejo. Die bürgerliche und adelige Bürokratie trachtete, die Bestrebungen der Arbeiter nach politischer und gewerkschaftlicher Organisation zu verhindern. Arbeiterbildungsvereine durften nur Ortsvereine sein und wurden durch Polizeikommissare überwacht. Länger als 20 Jahre dauerte noch der Kampf der Arbeiter, bis auch die Verbandsbildung erungen war. Gefährlich schien der Regierung vor allem das Bekenntnis zur „Staatshilfe“ von Ferdinand Lassalle, zur sozialdemokratischen Idee. (nach Luitpold-Stern, Gewerkschaftsbroschüre, GK2, Willy Krula, 2002)



Das Haus der Allgemeinen Arbeiter-Kranken-Unterstützungskasse Wien, Gumpendorfer Straße, wo auch der Arbeiter-Bildungsverein sein Lokal hatte.

Das sozialdemokratische Bekenntnis war für Bürgertum und Adel eine Art Hochverrat.

Ein Polizeibericht aus dem Jahr 1869 besagt, dass die meisten Arbeiterbildungsvereine „sozialdemokratisch“ geworden waren. Und das trotz der Polizeikommissare und ständigen Auflösungen von Vereinen, trotz Verhaftungen. Der Organisationsdrang war so groß, dass die Arbeiter immer neue Wege zu Gründungen fanden. Nachdem es den Bürgerlichen nicht gelungen war, die Arbeiterbildungsvereine zu beeinflussen, begannen sie diese zu verfolgen.

Erste Schritte zur Trennung von Kirche und Staat

1868 erfolgten erste Schritte zur Trennung von Kirche und Staat. Das Konkordat wurde von den Liberalen kritisiert. In den Maigesetzen hat der Staat die Kontrolle über das Schulwesen übernommen, Pius IX. hat sich darüber sehr aufgeregt, ob ihm die bald darauf zugesprochene Unfehlbarkeit ein Trost war, ist nicht bekannt. In Salzburg wurde sogar eine „katholische“ Demonstration organisiert. Geholfen hat sie auch nicht mehr. Es wurde liberaler. Es war auch notwendig, das Schulwesen zu refor-

mieren. Die Reaktion wehrte sich gegen Reformversuch vergeblich im Abgeordnetenhaus: „Die Welt ist so beschaffen, daß nicht alle bemittelt sein können und daß derjenige, welcher nicht reich ist und alle Mittel dazu besitzt, unmöglich die höhere Bildungsstufe erreichen kann.“ (Scheipl-Seel, S.58) Im Staatsgrundgesetz von 1867 wurde es deutlich festgelegt. „Die Wissenschaft und die Lehre ist frei ... Dem Staate steht rücksichtlich des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu.“ (Scheipl-Seel)

Das „Schule-Kirche-Gesetz“ vom Mai 1868 legte es nochmals deutlich und ge-

gen die Bestimmungen des Konkordates fest: „Der Unterricht in den ... Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einflüsse jeder Kirche oder Religionsgemeinschaft.“ Ausgenommen von der staatlichen Aufsicht blieb der Religionsunterricht. Der Kirche wurde das Recht auf die Errichtung von Privatschulen zuerkannt. Ein Recht, das die katholische und die evangelische Kirche bis heute ausgiebig nützen.

Die Änderung des Ehegesetzes, die Ehegerichtsbarkeit wird „weltlichen Gerichten“ unterstellt, erfolgte ebenso im Jahr 1868, dies war auch ein direkter Bruch des Konkordats.

am 18. Oktober 1868 für Traun und Kleinmünchen – damals eine selbständige Gemeinde. Zu Jahresende 1868 hatte der Arbeiterbildungsverein Linz und Umgebung schon 522 Mitglieder.“ (ooe.kpoe.at)

„Am 26. Juli 1868 wurde ein Zweigverein für Goisern gegründet, der zu Weihnachten 1868 schon 242 Mitglieder hatte. Allerdings wollten sich die Goiserer Arbeiter selbständig machen und gründeten im Herbst 1869 auf Anraten des ‚Bauernphilosophen‘ Konrad Deubler – dieser war

1854 gemeinsam mit Franz Gassner und Dionys Heiss als Rädelführer in einer Anklage wegen Hochverrat und Religionsstörung verurteilt worden – den ABV Goisern.“ (ooe.kpoe.at)

Die Arbeiterbildungsvereine waren erfolgreich. Die liberale Regierung musste nachgeben, angesichts der Entschlossenheit der in den Arbeiterbildungsvereinen organisierten Arbeiter. Das Verbot politischer und gewerkschaftlicher Organisationen konnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Arbeiterbildungsvereine waren eine wesentliche Voraussetzung für die Organisation des erfolgreichen Kampfes gegen das Koalitionsverbot.

Am 7. April 1870 wurde das Koalitionsverbot aufgehoben, die Arbeiter waren zu stark.

Das allgemein gehaltene Koalitionsrecht ließ nun Gewerkschaften zu. Binnen kurzer Zeit nach der Aufhebung des Koalitionsverbots entstanden in Österreich Gewerkschaftsvereine.

Augustin Kargl, Steiermark

Literatur: Fritz Klenner, Die Österreichischen Gewerkschaften, 1951, Verlag ÖGB. • Losef Scheipl – Helmut Seel, Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens, 1985, Leykam Graz • Karl Ucakar, Demokratie und Wahlrecht in Österreich, 1985, Verlag für Gesellschaftskritik • Broschüren zur Geschichte der Arbeiterbewegung des ÖGB, Wien • Hinteregger, Müller, Staudinger, Auf dem Weg in die Freiheit, 1984, Leykam Graz • Julius Deutsch, Geschichte der Österreichischen Arbeiterbewegung, 1947, Wien Volksbuchhandlung

„Das Gemeindekind“ von Marie von Ebner-Eschenbach – „Die Waffen nieder!“ von Berta von Suttner



150. Geburtstag von Marie von Ebner-Eschenbach: Sonderbriefmarken der Deutschen Bundespost von 1980

Auch in die bürgerliche Gesellschaftsschicht ist die neue Perspektive vorgedrungen: Der 1866 erschienene Roman *Das Gemeindekind* von Marie von Ebner-Eschenbach spielt im mährischen Teil von Großösterreich. Die Autorin, 1830 auf deutsch-tschechischem Grenzgebiet als Mitglied des Hochadels geboren, erzählt von den Umständen, vom nötigen Glück sowie vom eigenen Weg zur Verantwortlichkeit fürs eigene Leben – Kategorien des Sozialen, die neu waren.

Von ganz unten kam er, der Bub Pavel: der Vater gehenkt, die Mutter im Zuchthaus, die Schwester verloren an die Baronin – und er eine Last der Gemeinde, die ihn an einen Trunkenbold loswirft und fortan keine der Pflichten dem „Gemeindekind“ gegenüber erfüllt. Es gibt nichts, was an Schlechtem im Dorf geschieht, das nicht der Pavel, das zerlumpete Gemeindekind getan hat. Der Volkswille ist sich sicher in seinem Urteil, und der Bub – stur und voller Hass – tut alles, um ihm Bestätigung zu geben. Gegen diese für alle feststehende Karriere zum Taugenichts und Dieb steuern nur der Lehrer

und die spät erlaubte Begegnungen mit seiner ins Kloster verbrachten Schwester, die ihn mahnt, brav zu werden – was denn auch gelingt. Den Lehrer lässt Ebner-Eschenbach die Irritation, die ins bürgerliche Lager gekommen ist, denn auch ausdrücken: „In früheren Zeiten konnte einer ruhig vor seinem vollen Teller sitzen und sich's schmecken lassen, ohne sich darum zu kümmern, dass der Teller seines Nachbarn leer war. Das geht jetzt nicht mehr, außer bei den geistig völlig Blinden. Allen übrigen wird der leere Teller des Nachbarn den Appetit verderben – dem Braven aus Rechtsgefühl, dem Feigen aus Angst“, erkennt der Lehrer nach bitteren Erfahrungen.



Dass Hunger und gewaltsamer Tod, die Leiden und das Elend des Krieges von den Angehörigen der oberen Schichten nicht mehr als notwendiger Tribut an die Stärke der k.u.k. Monarchie akzeptiert werden, wird in dem 1889 erschienenen Roman *Die Waffen nieder* von Berta von Suttner mit großem missionarischen Eifer in die Welt gerufen. Er ist ein Antikriegs-Epos, der in der Zeit

der nationalistischen Rivalitäten und der stetigen militärischen Aufrüstung, den Frieden und die Völkerverständigung mittels Konventionen einfordert. Der Roman war dann der Bestseller des 19. Jahrhunderts – u.a. durch Abdruck im „Vorwärts“.

Ganz oben in der Gesellschaft ist Martha, Tochter in monarchistischem Militärhaushalt, der schmucke Husar wird gehehlicht – Zweifel kommen auf, als er im ersten Kriegseinsatz (1858/59 Österreich unterliegt Italien; die Schlacht von Solferino 1859 wird für Henri Dunant zum Ausgangspunkt der Gründung des Roten Kreuzes, die erste Genfer Konvention ist von 1864) stirbt. Bis zum preußischen Sieg über Österreich 1866 und dem Sieg Preußens über Frankreich 1871 spielt der Roman Dialoge und Argumentationen durch, die die Risse in der Systemarchitektur der damaligen Gesellschaft hineinverlegt in die Familie. Der zweite Ehemann wird sich von der militärischen Karriere verabschieden und der Friedensforschung widmen. Berta-von-Suttner erhielt 1905 den Friedensnobelpreis, sie starb im Juni 1914, kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges.

Eva Detscher, Karlsruhe

Beide Werke sind im **Projekt Gutenberg** <http://gutenberg.spiegel.de/> unter dem Namen der Autorinnen zur finden. Die Daten können mithilfe der Webseite <http://www.epub2go.eu/> unschwer in das ePub-Format gewandelt und für das eigene Lesegerät heruntergeladen werden. Vignetten aus den Namenseinträgen bei Wikipedia.

Inhalt

Aktuelles

Schweiz: Nationalisten isoliert

Theresa May, Herrin der Lage?

Dokumentiert Rede Th. May: „Das Gute was die Regierung machen kann“

Ein anderer Blick auf Erfolgsbedingungen und Misserfolg der Linken bei den Landtagswahlen 2016

Auslandsnachrichten

Schweiz: Streiken lohnt sich – Lohnnachzahlungen • Österreich: Metaller fordern 3 Prozent • Türkei: Massenentlassungen von Lehrkräften • Irak – Jordanien: Auf dem Weg zu Existenzlöhnen • Bahrain: Gewerkschaftskampagne zur Sicherheit am Arbeitsplatz • Pakistan: PepsiCola greift Gewerkschaften an • Indien: Großer nationaler Gewerkschaftsstreik • Indonesien: Fast-Food-Kette verschärft Repression • Korea: 1200 Bauarbeiter protestieren gegen Polizei • USA: Der erste Mindestlohn-Kongress setzt Zeichen

Aktionen ... Initiativen

Welt-Aids-Tag • Amnesty und PRO ASYL kritisieren verantwortungslose EU-Flüchtlingspolitik • Auf 7 Demonstrationen: 320 000 fordern Aus für CETA und TTIP • 3. Oktober 2016 in Kalkar+Essen • Veranstalter zufrieden mit Demonstration „Die Waffen nieder!“ • Proteste gegen Bundesteilhabegesetz: Paritätischer fordert Überarbeitung des Gesetzentwurfes • Neue Kinderkollektion von H&M – eine fragwürdige Kooperation des WWF • AKW-Betreiber tricksen bei Brennelementesteuer

Wohnungsbaupolitische Offensive der Linken Mannheim für bezahlbares Wohnen

Rat beschließt Ausbauperspektiven für Essen

Kommunale Politik

Arme Kinder ertrinken: Linke fordert besseres Schulschwimmen. Hamburg. • Geflüchtete und sozial Benachteiligte: Besserer Zugang zu Bildung. Köln. • Leiharbeit in Kieler Eigenbetrieben abschaffen! Kiel. • Quote für den Sozialen Wohnungsbau gebraucht – Mehrheiten wären da: Essen. • Ja zum Reformationsjubiläum, nein zur Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters: Magdeburg. • Anfrage: Wie kann die Landeshauptstadt die Situation der Flüchtlinge erleichtern? München. • Chancen beim Freihandelsabkommen CETA nutzen – Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge besser absichern.

Maschinenbaukonferenz der IG Metall – Gabriel 4.0?

„Tanz ums goldene Haldex-Kalb“

Wirtschaftspresse

Guter Anfang: Deutscher Juristentag 2016 kritisiert Entwicklung in der Türkei und warnt vor AfD

Projekt Wegemarken – Sachstand Oktober 2016 – weitere Entwicklung

Kalenderblatt 1868: Österreich

Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: Das KPD-Verbot 1956

Vorgeschichte und Folgen der Illegalisierung der KPD in Westdeutschland

Herausgegeben von Bernd Hüttner und Gregor Kritisidis ist bei der Rosa Luxemburg Stiftung eine Aufsatzsammlung zum 60. Jahrestages des KPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht herausgekommen, das die historischen Umstände durchaus mit neuen Gesichtspunkten beleuchtet. Wir dokumentieren das Vorwort:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde am 17. August 1956 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten, die Organisation formal aufgelöst, das Parteivermögen eingezogen. In allen großen westdeutschen Städten wurden Parteibüros durchsucht und anschließend geschlossen, Druckereien beschlagnahmt, Propagandamaterial in großen Mengen sichergestellt, das Parteivermögen eingezogen. Zahlreiche Funktionäre wurden verhaftet.

Die KPD selbst hatte zum Zeitpunkt ihres Verbotes ungefähr 85 000 Mitglieder, war aber, so Georg Fülberth, «völlig isoliert». Nicht nur in Deutschland stand die kommunistische Bewegung noch unter dem Eindruck des XX. Parteitages der KPdSU, auf dem wenige Monate zuvor einige Verbrechen des Stalinismus zur Sprache gekommen waren. Durch das Verbot wurde die (nun illegale) KPD weiter geschwächt und konnte in den Jahren 1957 bis 1960 gerade noch rund 12 000 Mitglieder organisieren.

Im politischen Klima des beginnenden Kalten Krieges hatte die Bundesregierung den Verbotsantrag bereits 1951 gestellt. Innenpolitisch herrschte in der jungen Bundesrepublik eine politische Justiz, die sich auf eine weitgehende personelle Kontinuität zur NS-Justiz stützen konnte. Repressionen gegen Linke waren weit verbreitet und wurden durch das KPD-Verbot noch verstärkt. Gegen mehrere Zehntausend Linke wurden Prozesse angestrengt und über 3 000 Personen in den folgenden Jahren verurteilt, vielfach aus heute nichtig erscheinenden Gründen. Heinrich Hannover berichtet etwa von

einem parteilosen Bremer Betriebsrat, der als Gast an einem Kongress des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der DDR teilgenommen hatte und aufgrund dieser „Kontaktschuld“ im Januar 1962 vom Landgericht Lüneburg wegen „verfassungsfeindlicher Beziehungen“ und wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten verurteilt wurde. Die Strafe wurde allerdings zur Bewährung ausgesetzt, weil der Angeklagte „im Krieg seine Pflicht erfüllt hatte“.

Das Verbot hat bis heute Wirkung gezeigt: Es hat nie eine Re-Legalisierung der KPD gegeben. Stattdessen wurde eine «neue» kommunistische Partei zugelassen, die 1968 gegründete und noch heute existierende Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Ihre Gründer haben sie den alten Kadern mit dem Argument schmackhaft gemacht, dass die russischen

GenossInnen immer von der Deutschen KP gesprochen und geschrieben hätten. Die in diesem Materialien-Band versammelten Beiträge resultieren aus der Forschung und Publizistik zum Linkssozialismus in der frühen Bundesrepublik und zur Geschichte der Überwachung linker und demokratischer Opposition beziehungsweise zu ihrem Widerstand dagegen. Sie ordnen das KPD-Verbot in das Zeitgeschehen ein, vertiefen verschiedene Aspekte, vertreten unterschiedliche und teilweise auch pointierte Positionen.

Spannend sind aus heutiger Sicht weniger die juristischen Einzelheiten, sondern die politischen Folgen des Urteils. Es liegt uns heute nicht daran, die KPD zu idealisieren, was angesichts ihrer nationalistischen Rhetorik auch schwerfallen dürfte. Wir wollen erst recht keiner SED-DDR-Rechtfertigung, wie wir sie von Teilen der Linken immer noch kennen, Vorschub leisten. Es geht uns aber ausdrücklich darum, den Antikommunismus als demokratiefährdendes, wievohl gern benutztes und wirksames Vehikel des politischen Kampfes in der frühen Bundesrepublik deutlich zu machen und scharf zu kritisieren.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 10. November 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 4. November

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

8. Dez.